

# M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift



E 2814  
Nr. 1  
März 2015  
Jahrgang 64



## Gemeinsam etwas bewegen

■ **Urheberrecht**  
Bewegung auf nationaler  
und europäischer Ebene

■ **Hessen neu aufgeteilt**  
Madsack übergibt  
an Ippen und VRM

■ **Journalistenjagd**  
Naziangriffe ohne  
juristische Folgen

**Proteste bei der Deutschen Welle in Bonn. Mit Erfolg: Weitere Gelder wurden bewilligt! (S.21)**

# Erfolgsstory Radio

Auf ein Wort

**Von Günter Herkel** | Mag der Siegeszug des Internets auch unaufhaltsam sein – das Massenmedium mit der größten Reichweite und Nutzung weltweit bleibt weiterhin das gute alte Radio. Seine soziale und politische Bedeutung ist enorm: Ohne Empfänger wären unzählige Menschen von Informationen ausgeschlossen. Um auf die Bedeutung dieses „alten“ Mediums aufmerksam zu machen, hat die UNESCO vor drei Jahren den 13. Februar zum „Welttag des Radios“ erklärt. Auch in diesem Jahr rief die Organisation die Regierungen in aller Welt auf, den Zugang zu Informationen über Radio sicherzustellen und die internationale Zusammenarbeit von Radiosendern zu fördern. Sie selbst unterstützt den Aufbau von Radiostationen in ländlichen und isolierten Gebieten. Die unabhängigen Radios senden in der lokalen Sprache und ermöglichen damit den Menschen die Teilhabe am demokratischen Meinungsbildungsprozess. Unverständlich vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung etwa der Deutschen Welle, ihre weltweite regionalsprachige Radiopräsenz in den nächsten Jahren zugunsten eines englischsprachigen TV-Programms sukzessive abzubauen.

In Deutschland bleibt das Radio eine Erfolgsstory und – nach dem Fernsehen – das meistgenutzte Medium. Vier von fünf Deutschen ab 10 Jahren schalten täglich ihren Lieblingssender ein, mehr als die Hälfte davon ein Programm der ARD. Die tägliche Hördauer hält sich – trotz wachsender medialer Konkurrenz – stabil bei rund drei Stunden. Allerdings ändern sich die Nutzungsgewohnheiten: Gerade junge Hörer beziehen ihre tägliche Dosis Radio mehr und mehr aus dem Netz, abonnieren Podcasts – falls sie nicht gleich auf das Angebot von Internetmusikdiensten wie Spotify zurückgreifen.

Die große Mehrheit hört Radio über UKW. Ein Standard, der an Grenzen stößt: Kein Platz für neue Programme, keine Kapazitäten für zusätzliche Dienste. Nach der kommerziellen Pleite von DAB richten sie seit fast fünf Jahren die Hoffnungen der Beteiligten – Sender, Hersteller, Autoproduzenten – auf den verbesserten Standard DAB+. Trotz mancher Fortschritte: Ein kurzfristiger „harter“ Umstieg auf die digitale Übertragungstechnik gilt im Radio nach wie vor als nicht realistisch. Bei geschätzten 300 Millionen UKW-Empfängern in deutschen Haushalten wäre das auch eine reichlich riskante Option.



Foto: Jürgen Seidel

## TITEL KONFERENZEN

- 8 Gemeinsam etwas bewegen**  
Von Ute C. Bauer
- 10 Von Effizienz geprägte dju-Konferenz**
- 11 Keiner schiebt uns weg**
- 12 Seifenblasen und andere Ideen**
- 13 Mit Trennschärfe**  
Debatte über Medien- und Kunstfreiheit im Dialog der Kulturen

## AKTUELL

- 4 Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand**
- 4 Rückblende 2014**
- 4 Rundfunk unter Druck**
- 4 Ratgeber für Freie zum Kindergeld**
- 4 Glossar für die richtige Wortwahl**
- 5 Schluss mit lustig**  
Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeläutet

## KOLUMNE

- 6 Bewegung im Urheberrecht**  
Position professioneller Werkschaffender muss gestärkt werden

## MEDIEN + POLITIK

- 7 Ein wenig staatsferner**  
ZDF-Staatsvertrag sorgt für etwas mehr Transparenz und Vielfaltigkeit der Gremien

## MEDIEN + GESELLSCHAFT

- 14 Glaubwürdigkeit beschädigt**  
Ein Plädoyer für den konstruktiven Umgang mit begründeter Kritik im Rundfunk



- 16 Journalistenjagd**  
Nazi-Angriffe auf Fotografen –  
Ermittlungen ergebnislos eingestellt
- 17 Willfährig auf Irrwegen**  
Schonungslose Bilanz zum Versagen der Medien bei  
NSU-Mordserie

## MEDIEN + BILDUNG

- 19 Perspektive gesucht**
- 20 Juwel wegwerfen?**  
Bremer Fachhochschule will renommierten  
Journalistik-Studiengang streichen

## TARIFE + BERUF

- 21 Deutsche Welle im Plus**  
Demonstration in Bonn für nachhaltige  
Programm- und Sprachenvielfalt
- 22 Schadensbegrenzung**  
Interessenausgleich- und Sozialpläne bei  
M. DuMont Schauberg

## MEDIEN + WIRTSCHAFT

- 23 Zusteller wehren sich**  
Lohnrückerei trotz Mindestlohn bei  
Logistik-Unternehmen
- 24 Hessen neu aufgeteilt**  
Übernahmen verfestigen Dominanz weniger Verlage  
über regionalen Medienmarkt
- 25 Ganz oder gar nicht**  
Madsack setzt auf Marktführerschaft und bläst zum  
Rückzug aus Hessen
- 26 Alles aus einem Topf**  
Funke gründet Zentralredaktion in Berlin
- 26 Presse-Versorgung mit 4,6 Prozent**

## MEDIEN + INTERNATIONAL

- 27 Wer hier lacht, ist selbst schuld**  
Satire-Zeitschriften in Spanien füllen Lücken  
kritischer Berichterstattung
- 28 Cepra auf Sendung**  
Knotenpunkt eines Radionetzwerkes im  
bolivianischen Cochabamba
- 29 Neuer öffentlich-rechtlicher Rundfunk in  
Griechenland**

## SERVICE/LEUTE

- 30 Leute**
- 31 Impressum**

## AKTUELL NOTIERT

Interessante Nachrichten und Berichte aus der  
Medienbranche – mehr zum Lesen zwischen den  
Print-Ausgaben auf der M-Website  
<http://mmm.verdi.de/aktuell-notiert>



Foto: Christian v. Polentz

Editorial

# Es wird nicht locker gelassen

Es ist schon immens, was allein die nahe Zukunft an Herausforderungen für die gewerkschaftspolitische Arbeit in der Medienbranche bereit hält. Mit Blick auf den ver.di-Bundeskongress im September haben die Medienschaffenden in ver.di auf ihren Konferenzen wichtige Themen und Aufgaben fixiert (S. 8 – 11). Den Hut dafür haben die neu gewählten Vorstände auf, mitarbeiten kann jeder! Im Fokus steht bei Journalistinnen und Journalisten das sich aufgrund der Digitalisierung verändernde Berufsbild mit seinen neuen Ansprüchen und Chancen. Nicht locker lassen werde man, wenn es darum gehe, Pressefreiheit und Meinungsvielfalt zu sichern. Um die Arbeit der Bundesbehörden transparenter zu machen, wird weiter um ein Presseauskunftsrecht gerungen. Auch die Abschaffung des Tendenzschutzparagrafen gehört immer wieder in den Forderungskatalog. Inakzeptabel sind die Einschränkungen der Internetaktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Nicht unumstritten ist der Verzicht auf Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Mehrheitlich war jedoch Konsens: Werbung gehört nicht zum Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Deshalb halte ver.di die TV-Werbefreiheit „grundsätzlich für ein wichtiges Ziel“.

In der Diskussion auch das Urheberrecht. Die Rechte derjenigen, die die Werke schaffen, müssen gestärkt werden. Dafür engagiert sich ver.di auf nationaler und internationaler Ebene bei den derzeitigen gesetzlichen Vorhaben. (S. 6)

Eine Herausforderung für ver.di war und ist die kritische Begleitung der Umsetzung des höchst richterlichen Urteils zur Arbeit der ZDF-Gremien. Es gab auch von Seiten der Gewerkschaft konkrete Vorschläge, um die geforderte Staatsferne zu erreichen – etwa keine Regierungsvertreter mehr in den Räten zuzulassen. Der nun vorgelegte Entwurf erfüllt jedoch diese Erwartungen nicht. (S. 7)

Auch die Glaubwürdigkeit der Medien und die eigene Verantwortung dafür stehen auf der Agenda von dju und Fachgruppe Medien (S. 14/15, 17/18). Die Medientage in Lage-Hörste im Mai (S. 4) werden sich mit Hintergründen der Angriffe auf die Presse – ob auf der Straße oder in Internetforen – auseinandersetzen und der Frage nachgehen: Wie kann das Vertrauen zurückgewonnen werden?

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

## SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist  
im Netz unter:  
[http://mmm.verdi.de/  
service](http://mmm.verdi.de/service)



Grafik: Hermann Haubrich

## Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand

„Entfremdete Medien? Die Rolle von Glaubwürdigkeit und Vertrauen im Journalismus“ ist das Thema der 5. Medientage des ver.di-Fachbereichs 8 vom 29. bis zum 31. Mai 2015 im Institut für Medien, Bildung und Kunst in Lage-Hörste.

Der brutale Anschlag auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* hat nicht nur die Debatte neu entfacht, was Medien dürfen und was nicht. Er hat auch ins Bewusstsein gerufen, wie gefährdet Erregenschaften wie Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit sind. Darüber hinaus fühlt sich ein Teil unserer Gesellschaft von den Medien nicht mehr repräsentiert, geschweige denn informiert. Mit Begriffen wie „Lügenpresse“, „Meinungskartell“ oder „Staatsfunk“ werden Medien aller Art verunglimpft, ihnen Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit abgesprochen – ob auf der Straße wie bei „PEGIDA“ oder in Internetforen und Facebook-Kommentaren.

Doch was bedeutet das für den Journalismus und unsere Demokratie, wenn weite Teile der etablierten Medienlandschaft nicht mehr ernst genommen werden? Welche Verantwortung tragen Journalisten selbst an dieser Entwicklung? Wie kann Vertrauen zurückgewonnen werden? Diese und andere Fragen stellt die Tagung zur Diskussion. Anmeldung: [www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de) ■

## Rundfunk unter Druck

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Druck: Erfüllt die Finanzierung (noch) ihren Zweck?“ Diese Frage will ver.di am 27. Mai beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt am Main vor allem mit Beschäftigten aus den Rundfunkanstalten diskutieren. Ausgehend von der Forderung des NRW-Staatssekretärs Jan Marc Eumann, die Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu reduzieren, wird Helmut Reitze, Intendant des Hessischen Rundfunks, die daraus folgenden Auswirkungen für die ARD-Financen erläutern. Mit der „Doppelzüngigkeit der Politik? Wer gleicht den Wegfall der Werbeeinnahmen aus?“ wird sich eine Podiumsdiskussion beschäftigen. „KEF: Handlanger der Politik oder Kontrolleure mit ökonomischen Sachverstand?“ ist ein weiterer Programmpunkt. Dazu wird Ralf Seibicke, Stellvertretender Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, Rede und Antwort stehen. ■



Karikatur: Klaus Stuttmann

## Rückblende 2014

Den ersten Preis für die beste politische Karikatur der „Rückblende 2014“ erhielt der Karikaturist Klaus Stuttmann. Der Wettbewerb wird von der Landesvertretung Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) veranstaltet.

An der „Rückblende 2014“ nahmen 235 Fotografen und 60 Karikaturisten teil. Insgesamt wurden 1.100 Arbeiten eingereicht. [www.rueckblende.rlp.de](http://www.rueckblende.rlp.de)

## Ratgeber für Freie zum Kindergeld

Die neue 18. Auflage des mediafon-Ratgebers „Wenn Selbstständige Kinder kriegen“ ist fertig und steht online. Sie enthält die neueste Reform des Elterngeldes für Eltern, deren Kinder ab 1. Juli 2015 geboren werden. Das Elterngeld Plus mit „Partnerschaftsbonus“ kann auch für Selbstständige eine sinnvolle Möglichkeit sein, die Bezugsdauer des Elterngeldes zu verlängern, auch über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus. Denn aus einem Monat Basiselterngeld werden zwei Elterngeld-Plus-Monate.

Die 28 Seiten starke Broschüre von mediafon-Berater Rüdiger Lühr enthält alle aktuellen Regelungen für das Mutterchaftsgeld, Elterngeld und Elternzeit, das Kindergeld, Kinderzuschlag und Freibeträge bei der Einkommensteuer, außerdem zum Betreuungsgeld und Kinderkrankengeld. Stand ist Januar 2015. Die Broschüre steht zum Download bereit unter: <http://tinyurl.com/q8kejn8> ■

## Glossar für die richtige Wortwahl

Die richtige Wortwahl zu finden, gehört zum journalistischen Handwerk, ist jedoch mitunter nicht einfach. In der Integrationsdebatte und bei vielen weiteren Themen herrscht zudem häufig Verwirrung über Begrifflichkeiten. Deshalb haben die Neuen deutschen Medienmacher (NdM) ein Glossar erstellt, das Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland Deutschland bietet. „Es geht hier keineswegs darum zu diktieren, was gesagt und nicht gesagt werden darf, sondern praktische Anregungen für den journalistischen Alltag anzubieten“, sagt NdM-Geschäftsführerin Konstantina Vassiliou-Enz.

Die Handreichung ist in der NdM-Geschäftsstelle kostenfrei erhältlich, ein PDF steht zum download auf der Website. Web-Glossar und eine App sind in Vorbereitung. Die NdM bieten an, das Glossar in Redaktionen vorzustellen. <http://www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar/> ■

# Schluss mit lustig

## Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeläutet

„Jetzt ist Schluss mit lustig“ – unter diesem Motto wurde am Aschermittwoch in den ARD-Rundfunkanstalten, beim Deutschlandradio und beim ZDF die diesjährige Gehalts- und Honorarrunde eingeläutet. Die ersten Verhandlungen werden im NDR am 19. März geführt.



Foto: David Jacobs

**Am Aschermittwoch ist alles vorbei? Nicht beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk! Da geht es erst richtig los! Mit einer Flugblattaktion – hier beim WDR – wurde das Startzeichen für die diesjährige Tarifrunde gegeben.**

ver.di fordert für die Beschäftigten, fest Angestellte und Freie, sowie für die Bezieher von Betriebsrenten sechs Prozent mehr Geld. Die Tarifforderung enthält dabei senderindividuelle Komponenten wie zum Beispiel einen Sockelbetrag für Geringverdienende oder die Übernahme von Auszubildenden. Für die Freien soll sich die Tarifsteigerung an den tatsächlich gezahlten Honoraren und nicht an den Mindesthonoraren bemessen.

„Die Kolleginnen und Kollegen in den öffentlich-rechtlichen Sendern leisten täglich hervorragende Arbeit. Sie liefern Informationen von vor Ort und aus aller Welt, analysieren und unterhalten, setzen mit den diversen Programmen hohe Standards. Die Arbeit, die darin steckt, muss von den Verantwortlichen in den Rundfunkanstalten durch angemessene Gehälter und Honorare anerkannt werden“, fordert Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender. Für die Tarifverhandlungen bedeute das unmissverständlich: „Gutes Geld für gute Arbeit“.

Die ARD-Intendanten scheinen davon weit entfernt. Sie wandten sich zum Auftakt der Tarifrunde mit einem gleichlautenden Schreiben an die Beschäftigten aller Sender. Darin fordern sie die Zustimmung zu Kürzungen an den zugesagten Altersversorgungen.

„Jung gegen Alt, schlechtere Renten oder schlechtere Gehälter, das ist der Grundtenor dieses Briefes“, heißt es auf den Flugblättern der ver.di-Sendeverbände als Erwiderung.

Dabei führten die Intendanten gern den Vergleich mit dem öffentlichen Dienst an, ohne zum Beispiel zu sagen, dass beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk schon Jahre vor dem öffentlichen Dienst die bisherigen Versorgungszusagen für alle neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen nicht mehr galten. Stattdessen werde gesagt: „Wir können es uns auf lange Sicht nicht mehr leisten, die Renten im selben Umfang steigen zu lassen, wie die Gehälter der aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“ An diesem Satz sei alles falsch, argumentiert ver.di. „Renten sind nichts anderes als verspätet ausgezahlter Lohn. Es sollte selbstverständlich sein, dass sie sich wie dieser entwickeln. Aber das tun sie schon heute nicht. In den vergangenen Jahren sind die Betriebsrenten nur um durchschnittlich einen Prozentpunkt gestiegen.“

Ginge es nach den Intendantinnen und Intendanten, soll die Rente nur noch um die Hälfte des jeweiligen Tarifabschlusses steigen. Das hieße: Gehaltsanhebung um sechs Prozent, drei Prozent für die Rentner. „Nach wenigen Jahren wäre die Rente weit von der Entwicklung der Löhne abgekoppelt. Und am meisten draufzahlen müssten natürlich die, die jetzt oder in Zukunft auf Rente gehen.“ Die Beschäftigten sagen: „Nein, wir wollen beides: anständige Löhne und Honorare sowie anständige Renten und Pensionskassenzahlungen. Und deshalb ziehen wir auch mit einer anständigen Forderung in die Tarifrunde – für Aktive und für Rentner!“

wen ■

Anzeige

## Presse-Perspektive

### Ertrag Reich\*

\*4,6% Gesamtverzinsung in 2015



**Premium-Vorsorge  
für Medienberufe**

**Presse-Versorgung**



# Bewegung im Urheberrecht

## Position professioneller Werkschaffender muss gestärkt werden

**Von Valentin Döring | Nach mehr als einer Wahlperiode des Stillstands ist Bewegung, ja geradezu Aufregung, in die urheberrechtlichen Debatten gekommen. Der zuständige Minister Heiko Maas scheint den Auftrag einer Reform des Urheberrechts aus dem Koalitionsvertrag dieses Jahr couragiert angehen zu wollen. Quasi mit „Highspeed“ wurde er noch im Oktober letzten Jahres von EU-Digitalkommissar Günther Oettinger überholt, der ausrief, bis spätestens 2016 eine urheberrechtliche Regelung auf europäischer Ebene realisieren zu wollen. Während dem nationalen Gesetzgeber die Stärkung der Rechtsposition von Urheberinnen und Urhebern als taugliche Orientierung dient, droht man sich international zu verlaufen. Getrieben durch die Digitalisierung stehen neben den rechtlichen Grundlagen vielerorts auch tarifliche Vereinbarungen auf dem Prüfstand.**

Wie alle anderen medialen Bereiche ist auch das Urheberrecht den Herausforderungen des digitalen Wandels ausgesetzt. Konvergenz, Crossmedia und Content-Pools sind Schlagworte, unter denen aktuell viele Veränderungsprozesse angeschoben werden. Die „klassischen“ Anbieter versuchen sich auf die veränderte Medienlandschaft einzustellen. Zwar führen die verschwindenden Grenzen und das geänderte Nutzerverhalten dazu, dass so viel Medienkonsum stattfindet wie nie zuvor. Bisher sind es jedoch nicht die professionellen Kultur- und Medienschaffenden, die von der gestiegenen Nachfrage nach Inhalten profitieren. Für sie führen die Veränderungsprozesse vor allem zu Flexibilisierung, unbezahlter Mehrleistung oder zum Wegfall einträglicher Beschäftigung.

**Gesetzgeberische Bemühungen.** Die Verschlechterung der Arbeits- und Einkommenssituation professioneller Werkschaffender bleibt auch von der Politik nicht unbemerkt. In Berlin soll Heiko Maas als Minister für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) den Urheberinnen und Urhebern auf Grundlage des Urhebervertragsrechts eine stärkere Ausgangslage für Vergütungsverhandlungen verschaffen. Eine verbindliche Schlichtung bei erfolglosen Verhandlungen über gemeinsame Vergütungsregelungen, eine effektiv ausgestattete Verbandsklage, ein an Bedingungen gekoppelter Rechterückfall und effektive Hindernisse für Buy-out-Klauseln stehen zur Diskussion und sind für die Durchsetzbarkeit der Rechtsposition notwendig. Vorschläge hierzu hat ein Team um Professor Karl-Nikolaus Peifer im Herbst 2014 in Form eines Gesetzesentwurfes veröffentlicht. Dieser gut platzierte „Kölner Entwurf“ dient vielfach als Diskussionsgrundlage. Ergänzungsvorschläge zum sinnvollen Ansatz hat ver.di im Rahmen einer Stellungnahme der Initiative Urheberrecht angebracht ([www.urheber.info](http://www.urheber.info)).

Für die europäische Ebene besteht die berechtigte Hoffnung, dass die dortigen Bemühungen auf eine solide Grundlage gestellt werden und es auf internationaler Ebene gelingt, eine Beteiligung der Urheberinnen und Urheber an den wirtschaftlichen

Vorteilen international agierender On- und Offline-Unternehmen zu regeln. Für den ersten Schritt in Richtung eines europäischen Rechtsaktes wurde jedoch mit Julia Reda ausgerechnet die einzige Europaparlamentsabgeordnete der deutschen Piratenpartei mit dem ersten Bericht zur urheberrechtlichen Situation betraut. Dieser lässt die Interessen der Urheberinnen und Urheber beinahe vollständig außen vor, stellt die Interessen der „Nutzer“ in den Mittelpunkt und schlägt somit einen vollkommen falschen Weg ein. Um nach diesem Fehltritt noch auf einen gangbaren Weg zu kommen, forderte ver.di in einer Stellungnahme ([www.verdi-fuer-urheber.de](http://www.verdi-fuer-urheber.de)) die Urheberinnen und Urheber als Ausgangspunkt der Überlegungen zu nehmen, eine Vergütungspflicht jedweder Nutzung als Regel ausdrücklich zu normieren und sich am kontinentaleuropäischen Urheberrecht zu orientieren.

**Gewerkschaftpolitische Herausforderungen.** Professionelle Kultur- und Medienschaffende, die zunehmend weniger Aussicht auf dauerhafte Festanstellung haben, müssen national wie international mit einem stabilen Katalog an Rechten ausgestattet werden, der ihnen Vergütungs- und Beteiligungsrechte in effektiv durchsetzbarer Form sichert. Nur wenn die Beschäftigung freier Mitarbeiter mindestens genauso teuer ist wie eine Festanstellung, können die Selbstständigen über ausreichende Finanzmittel verfügen um auskömmlich vorzusorgen. Das Urheberrecht bietet für die wachsende Personengruppe der Freien und unständig Beschäftigten einen wirksamen Hebel, um – gegebenenfalls auf dem Klageweg – angemessene Vergütungen durchzusetzen. Die Furcht vor derartigen Klagen ist es aktuell, die die Einigungsbereitschaft der Arbeitgeberseite für kollektivrechtliche Vereinbarungen erhöht. So wurde im Ergänzungstarifvertrag Kinofilm eine urheberrechtliche Erfolgsbeteiligung festgehalten. Gemeinsame Vergütungsregeln (GVR), die branchenweite Maßstäbe setzen, gibt es für Journalisten an Tageszeitungen. Gegen die verbreitete Praxis, die vereinbarte Mindestvergütung zu unterschreiten, hat sich jetzt ein freier Journalist erfolgreich zur Wehr gesetzt. Im Februar sprach ihm das Oberlandesgericht Karlsruhe für die Jahre 2009 bis 2011 orientiert am Maßstab der GVR eine Honorarnachzahlung von fast 47.200 Euro zuzüglich Zinsen zu.

In die finanzielle Verantwortung sind neben den „klassischen“ Verwertern auch die neuen Marktteilnehmer zu nehmen. Diese verdienen ihr Geld nicht über Lizenzmodelle, sondern nach dem Prinzip: „wenn du nicht bezahlst, bist du kein Kunde, sondern das Produkt“, über das „Nebenprodukt der Content-Nutzung“, über die Monetarisierung personenbezogener Daten. Noch ist es so, dass die Werkersteller an den Umsätzen des Handels mit Personendaten nicht beteiligt werden. Einen solchen Beteiligungsanspruch könnte am wirksamsten Kommissar Oettinger regeln, bis dahin sollte „Kommissar Rex“ (kollegial betrachtet) besser auf DVD oder als Download gekauft anstatt online (illegal) gestreamt werden. ■



Foto: Murat Türtemis

### Valentin Döring

Rechtsanwalt und Jurist im ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, zuständig für Urheberrecht

### Mitdiskutieren!

Infos dazu auf der ver.di-Website des Bereichs Medien:  
<http://tinyurl.com/mjhf9hj>

# Ein wenig staatsferner

## ZDF-Staatsvertrag sorgt für etwas mehr Transparenz und Vielfältigkeit der Gremien

**Nachdem das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr den ZDF-Aufsichtsgremien die nötige Staatsferne abgesprochen hatte, waren die Länder aufgefordert, den ZDF-Staatsvertrag zu überarbeiten. Das Ergebnis ihres Entwurfs: Die Gremien sollen vielfältiger, transparenter und frei von Parteienvertretern werden – Regierungsvertreter dürfen aber weiter mitmischen.**

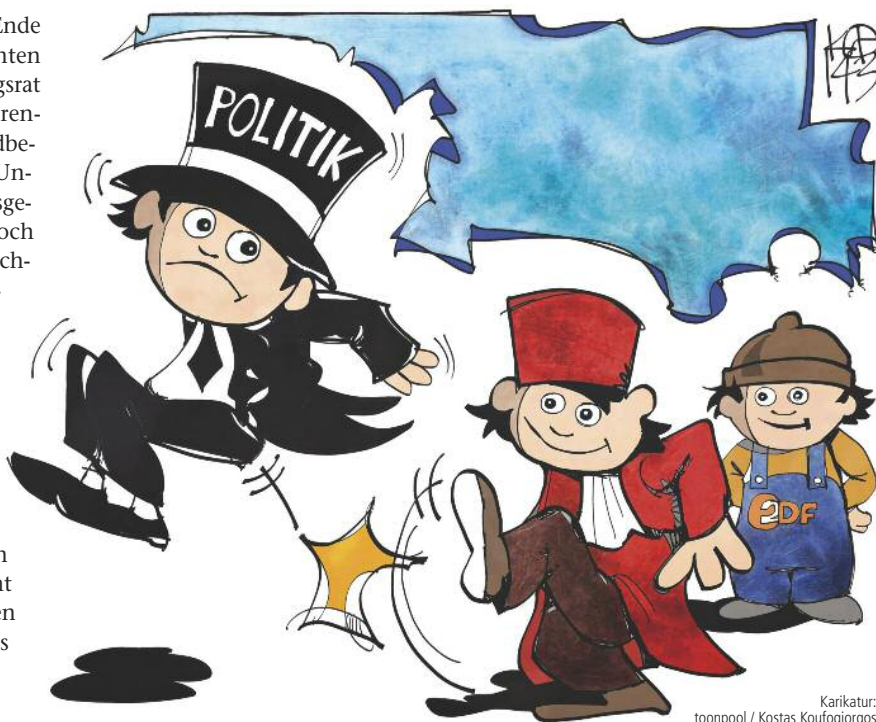
Eine „kleine“ Entscheidung mit großer Wirkung: Als Ende 2009 eine vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch organisierte Mehrheit im ZDF-Verwaltungsrat beschloss, den Vertrag von Chefredakteur Nikolaus Brenner nicht zu verlängern, löste das ein öffentliches Erdbeben aus. Den Vorwurf, das ZDF sei staatsnah und die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt fraglich, wollten Teile der Politik am Ende jedoch nicht auf sich sitzen lassen. Nach langem Tauziehen reichten Rheinland-Pfalz und Hamburg Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag ein.

Das Verfassungsgericht fällt daraufhin im März 2014 ein Urteil, dem es an Klarheit nicht mangelte: Mit der Vielfaltssicherung im Fernsehrat und Verwaltungsrat des ZDF sei es nicht weit her, da die staatliche Sphäre weit mehr als ein Drittel der Stimmen auf sich vereine und zudem eine Sperrminorität erreiche. Der ZDF-Staatsvertrag sei dahingehend verfassungswidrig. Dabei kam Karlsruhe jedoch zu teilweise anderen Schlüssen, als sich viele gewünscht hätten: Hatten beispielsweise ver.di und der DGB den generellen Ausschluss von Regierungsmitgliedern aus den ZDF-Gremien gefordert, dürfen diese nach dem Willen des Gerichts weiter vertreten bleiben – sofern der Anteil der Vertreter der „Staatsbank“ (Bundesregierung, Landesregierungen, Spitzenbeamte, Parlamentarier etc.) nicht mehr als ein Drittel beträgt.

**Exekutive weiter vertreten.** Wenig überraschend ist nun, dass die Länderchefs bei der Überarbeitung des Staatsvertrages genau davon Gebrauch machen. In ihrem Ende Januar veröffentlichten Entwurf bleibt in Sachen Regierungsvertreter alles beim Alten: Obwohl der Fernsehrat deutlich kleiner wird (von 77 auf 60 Sitze), sollen auch künftig die 16 Länder mit je einem Vertreter mit am Tisch sitzen; die Zahl der Vertreter der Bundesregierung wird von drei auf zwei reduziert. Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke kritisierte, dass die ZDF-Gremien damit auch künftig nicht so regierungsfern seien, wie es möglich wäre. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierungen vertreten bleiben sollen, obwohl sie es sind, die die Rundfunkpolitik in Deutschland maßgeblich bestimmen. Ebenso unverständlich ist, warum die Bundesregierung in einer Anstalt der Länder weiter Sitze innehaben soll“, so Werneke. In ihrer schriftlichen Stellungnahme weist ver.di zudem darauf hin, dass anstelle von Exekutivvertretern Parteienvertretern ohne Regierungsfunktion Sitze zustünden, um die Parteilichkeit ausreichend widerzuspiegeln. Die Länder sahen das anders: Die bisherigen zwölf Parteiensitze sollen ersatzlos gestrichen werden.

Ebenso soll ver.di eines von bisher zwei Mandaten im Fernsehrat abgeben. Aus Sicht der Organisation „nachvollziehbar“, wie es heißt, um Platz für bisher nicht vertretene Gruppen zu schaffen. Dennoch sei die Streichung von Doppelmandaten keineswegs konsequent erfolgt, da Evangelische und Katholische Kirche als einzige Institutionen ihre jeweils zwei Sitze behalten sollen. ver.di und DGB kritisieren zu-

dem, dass der Staatsvertragsentwurf keinen festen Sitz mit Stimmrecht für Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat vorsehe; bisher gibt es nur die gelebte Praxis ihrer Teilnahme. „Damit enthalten die Länderchefs dem ZDF vor, was bei mehreren ARD-Sendern längst Standard ist“, erklärte Werneke. Dennoch sei an dem Entwurf nicht alles schlecht:



Karikatur: toonpool / Kostas Koufogiorgos

So dürfen künftig die Organisationen ihre Vertreter selbst benennen – bislang konnten sie nur Vorschläge machen. Und auch für mehr Transparenz wird gesorgt: Fernsehratssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein, Tagesordnungen und Zusammenfassungen ins Netz gestellt werden.

**Sechzehn „Körbe“.** Mehr gesellschaftliche Vielfalt soll es künftig durch die sogenannten „Körbe“ geben: Danach entsenden die 16 Länder jeweils einen Vertreter aus einem ihnen zugeordneten gesellschaftlichen Bereich in den Fernsehrat, zum Beispiel „Jugend“ aus Baden-Württemberg oder „Internet“ aus Berlin. Immerhin: Mit der Aufnahme der Bereiche „Migranten“ (aus Hessen) und „Muslime“ (aus Niedersachsen) wird das Gremium ein Stück weit zeitgemäßer – wie mehrere Verbände, darunter auch ver.di, gefordert hatten. Dennoch stößt die Auswahl der Bereiche nicht überall auf Lob: Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) kritisiert, dass dieser Lebensbereich nach wie vor ausgeklammert wird. Der Journalistinnenbund beklagt eine fehlende Frauenvertretung. Kritik kommt auch von Bündnis 90/Die Grünen: Die Länder hätten die Chance vertan, den Fernsehrat zu modernisieren, so Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin im Bundestag. Zum Beispiel dürfe der Bund der Vertriebenen seinen Sitz behalten. „Wir hätten uns eine unabhängige Kommission gewünscht, die Kriterien ausarbeitet, nach denen die Plätze besetzt werden.“ Eine solche Kommission wird es nicht mehr geben, denn das Zeitfenster ist eng. Bis Ende Juni hat das Gericht den Ländern Zeit gegeben, den ZDF-Staatsvertrag zu überarbeiten. Bevor er in Kraft treten kann, muss er einstimmig durch alle Landesparlamente.

Stephan Kolbe ■



Erstaunlich viel Harmonie, engagierte, teilweise auch emotionale Diskussionen und jede Menge Wahlen: 76 Delegierte und zahlreiche Gäste wie Mogens Blicher Bjerregaard aus Dänemark, Präsident der Europäischen Journalisten-Föderation, waren an Bord der 3. Bundesfachgruppenkonferenz Medien am 21. und 22. Februar in Berlin. Einen dreitägigen Konferenzmarathon zu bewältigen hatten diejenigen, die schon einen Tag zuvor zur dju-Bundeskonferenz angereist waren.

Von Ute C. Bauer

# Gemeinsam etwas bewegen

Acht Jahre lang stand Werner Ach (ZDF) an der Spitze der ver.di-Bundesfachgruppe Medien. Der scheidende Vorsitzende verließ in seiner Begrüßung einer Sorge Ausdruck, die sicherlich alle Journalistinnen und Journalisten in den letzten Wochen bewegt hat: Das unerträgliche Maß an Gewalt, mit dem Kolleginnen und Kollegen in ihrer Berufsausübung weltweit konfrontiert sind. Seit 2005 seien 733 Journalistinnen getötet worden – eine traurige Bilanz, die in den Anschlägen von Paris und Kopenhagen einen neuen Höhepunkt erlangt habe. Auch hierzulande wachse „von rechts“ der Hass gegen die Presse, auf Pegida-Demonstrationen werde der ganze Berufsstand unter dem Stichwort „Lügenpresse“ diffamiert. Leider hätten diese Entwicklungen nicht zu massenhaften Neueintritten in ver.di geführt. So sei der Fachbereich zu strukturellen Veränderungen und Einsparungen etwa im Bereich der Publikationen gezwungen. Umso mehr gelte jedoch das Motto „Gemeinsam. Besser. Stärker.“

In seinem Vortrag „Medien im digitalen Umbruch“ stellte Volker Lilienthal, Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für „Praxis des Qualitätsjournalismus“, ein Forschungsprojekt vor, das sich mit den Einflüssen von Publikum und zunehmender Technisierung auf den Journalismus befasste. Der digitale Journalismus bedeute demnach einen Quantensprung: Neue Formen der Publikumsbeteiligung böten enorme Chancen, journalistische Arbeit nicht ins Leere laufen zu lassen. Mit Fact Checking und Data Scraping eröffneten sich ganz neue Möglichkeiten der Recherche, außerdem könne – quasi als Kontrapunkt zur Schimpfrede von der „Lügenpresse“ – durch die umfangreichere Veröffentlichung von Quellen Transparenz geschaffen werden. Neben diesen positiven Errungenschaften offenbarten sich jedoch auch Probleme: So sei der Publikumsdialog in Wahrheit noch unterentwickelt, traditionelle Redaktionen nehmen diese Kommunikationsaufgabe zu wenig an. Teilhabe sei zwar möglich, ihr werde in den Redaktionen aber ein enges Raster gesetzt. „Der Lernprozess hat gerade erst

begonnen“, sagte Lilienthal. Auch das Publikum müsse seine Rolle erst noch finden. Der Umgang mit Störern – sogenannten Trollen – gestalte sich als schwierige Aufgabe auch für das Management. Den Redaktionen empfiehlt Lilienthal niedrigschwellige Möglichkeiten zur aktiven Einbindung des Publikums, von dem er sich mehr verantwortungsvolle Mitwirkung wünscht. Alle Medien seien aufgefordert, in entsprechende Aus- und Weiterbildung zu investieren, um den digitalen Anforderungen in Multi- und Social Media gerecht werden zu können. Wer in digitaler Recherche, Darstellung etc. nicht fit sei, habe kaum Überlebenschancen.

**Vergütungsregeln schwer durchsetzbar.** Bevor der Vorstand auf Grundlage des Rechenschaftsberichts über die vier vergangenen Jahre Arbeit entlastet werden konnte, entspann sich eine Diskussion über die Vergütungsregeln. Heinz Wraneschitz, Franken, bemängelte angesichts der Mitgliederstruktur – in der Fachgruppe Medien seien circa 50 Prozent, in der dju sogar circa zwei Drittel der Mitglieder Freie –, dass das Hauptaugenmerk der Tarifverhandlungen bei den Angestellten liege. Die Mindestvergütung für freie Mitarbeiter werde fast nirgendwo eingehalten, er wünsche sich stärkeres Engagement von ver.di. Ulrich Janßen, dju-Vorsitzender, räumte ein, das Problem sei richtig beschrieben. Die Kritik wies er zurück: Die Freien-Vergütung stünde bei jeder Tarifrunde auf der Tagesordnung, bei den anstehenden Gesprächen mit dem BDZV sei sie erstes Thema. Verständlicherweise sei es jedoch weitaus schwieriger, Freie zu mobilisieren als (halbwegs) abgesicherte Angestellte.

Auch Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, bezeichnete die Vergütung der Freien als prioritär. Mit dem Urhebervertragsrecht und den zählerrungen Vergütungsregeln gebe es endlich rechtliche Grundlagen. Sie würden jedoch nur von wenigen Verlagen angewendet. Es fehle an Durchsetzungsinstrumenten. Über die Forderungen der Auftragneh-



**Mitmachen!**

Gemeinsam sind wir stärker:  
Eintreten bei ver.di geht  
ganz einfach: [https://  
mitgliedwerden.verdi.de/](https://mitgliedwerden.verdi.de/)

mer, die stets mit dem Verlust des Auftrags rechnen müssten, funktionieren das nicht. Ähnlich wie beim Mindestlohn wäre es sinnvoll, die Einhaltung über eine Aufsichtsbehörde zu kontrollieren. Auf jeden Fall kämpfe ver.di weiter für ein Verbandsklagerecht, mit dem die Gewerkschaft stellvertretend für ihre Mitglieder gegen Gesetzes- und Tarifverstöße vorgehen kann.

Zum Themenkomplex Vergütung gab es mehrere Anträge, die alle Zustimmung fanden. So lautete ein Initiativantrag der dju Mittel-franken: „Vergütungsregeln für hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen – Erhöhung der Honorarbudgets der Redaktionen sichern“.

Ein gemeinsamer Antrag der Fachgruppe Medien und der dju drängte darauf, „Urheberrecht und angemessene Vergütung auf nationaler sowie auf europäischer Ebene zu gewährleisten“.

Die Delegierten der Fachgruppe Medien wählten Manfred Kloiber, Freier beim Deutschlandradio, zum neuen Vorsitzenden. Insgesamt 21 zuvor eingereichte Anträge wurden beraten. Dazu kamen vier Initiativanträge. Einstimmig angenommen wurden etwa die Anträge „Die Arbeit der Bundesbehörden transparent machen – Wir brauchen ein Presseauskunftsrecht“, „Tendenzschutzparagrafen abschaffen!“ oder „Journalistisches Berufsbild im Digitalen Wandel – Herausforderungen gestalten, Pressefreiheit und Meinungsvielfalt sichern, Daten schützen“. Unstrittig war ein Antrag, der „Arbeitnehmerrechte in Aufsichtsgremien der Tochtergesellschaften der öffentlich-rechtlichen Anstalten“ fordert.

Formuliert wurde die Forderung, dass ver.di sich dafür einsetzen soll, dass die massiven Einschränkungen bei den Internetaktivitäten von ARD, ZDF und DLR aufgehoben werden. Mit der Ergänzung: „Die Rechteinräumung durch Urheber, Künstler und Produzenten für alle Internetaktivitäten muss angemessen vergütet werden“, wurde der Antrag angenommen.

Zur Sache ging es dann beim hessischen Antrag „Keine Gefährdung von Arbeitsplätzen durch einen Werbeverzicht“. Er bezog sich auf ein ver.di-Thesepapier zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Darin heißt es, dass ver.di grundsätzlich ein werbefreies öffentlich-rechtliches Fernsehen für ein wichtiges Ziel hält. Die Antragsteller setzten sich für eine unveränderte Beibehaltung von Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als festen Finanzierungsbestandteil ein: Ein Werbeverzicht beim Hessi-

schen Rundfunk würde 30 Millionen Euro jährlich kosten. Da laut Beschluss der Ministerpräsidenten eine Beitragserhöhung bis 2020 nicht vorgesehen ist, würde das auch zur Finanzierung der Arbeitsplätze dringend benötigte Geld unwiderruflich fehlen. Dem Antrag wurde breit widersprochen: Die Öffentlich-Rechtlichen hätten einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag und sollten frei von Marktmechanismen sein. Werbekunden hätten in der Vergangenheit verschiedentlich – zum Teil erfolgreich – versucht, Einfluss auf das Programm zu nehmen. Zudem fordere das Thesepapier ja, dass wegfallende Werbeeinnahmen kompensiert werden sollen. Manfred Kloiber wandte ein, man könne sich auch fragen, ob nicht die Werbung selbst Arbeitsplätze gefährde, weil sie eines der zentralen Elemente der Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk sei. Diese Kritik sei inzwischen so massiv, dass sie die Existenz der Sender bedrohe. Frank Werneke brachte es schließlich auf den Punkt: „Werbung gehört nicht zum Programmauftrag des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. Der Antrag wurde abgelehnt.

Relativ breiten Raum nahm die Diskussion dreier organisationsstruktureller Anträge ein: Mit knapper Mehrheit wurde dafür votiert, dass ver.di-Publikationen zukünftig keine Werbung für Billigreisen mehr beigelegt werden soll. Die Antragsteller sahen es als nicht glaubhaft an, dass Zypernreisen für 99 Euro mit ordentlichen Arbeitsbedingungen bei Tourismusunternehmen angeboten werden können. Abgelehnt wurde hingegen der Antrag, dass der ver.di-Mitgliederservice keine Werbung mehr für die Sterbegeldversicherung verschicken soll, nachdem Frank Werneke die Entstehung und Bedeutung der sehr erfolgreichen Versicherung dargelegt hatte – immerhin rund 400.000 ver.di-Mitglieder haben sie abgeschlossen.

**Ringens um Lage-Hörste.** Richtig hoch kochten die Emotionen in der Beratung über den Initiativantrag „ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste nicht schließen!“. Kurz vor der Konferenz war bekannt geworden, dass der ver.di-Bundesvorstand über eine Beschlussvorlage abstimmen würde, die dem Gewerkschaftsrat eine Schließung des Hauses nahelegen sollte. (Das ist am 23. Februar dann so erfolgt! Red.) Sowohl Frank Werneke als auch Josef Peitz, Leiter des ver.di-Instituts für Bildung, Medien und Kunst (IMK) in Lage-Hörste, durften ihre Positionen ausführlich darlegen: Zu bereits länger bekannten Mängeln beim Brandschutz seien kurz vor dem Jahreswechsel weitere Mängel bei den Lüftungen offenbar geworden, so Werneke, der die Schließungspläne verteidigen musste. Die zunächst auf 750.000 Euro geschätzten Sanierungskosten würden nun rund drei Millionen betragen, der Jahresetat von zwei Millionen für alle zehn ver.di-Bildungsstätten wäre damit weit überzogen. Der Fehlbetrag müsste aus der Streikkasse finanziert werden, was nicht zugelassen werde. Angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft zur ver.di-Bildungsstätte „Buntes Haus“ in Sennebad, sei die Schließung sinnvoll, Bildungsangebote könnten von Lage-Hörste dorthin verlagert werden.

Dieser Argumentation konnte sich Josef Peitz nicht anschließen. „Das IMK ist die Heimat eures Fachbereichs nach der Schließung von Springen“, wandte er sich gezielt an die Delegierten. Lage-Hörste werde mit den drei Millionen teuer gerechnet. Er würde die begonnene Modernisierung gern weiter betreiben und sei auf gutem Wege, das Haus aus den roten

**Der neue Vorstand  
der FG Medien:  
David Gillengerten,  
Thomas Winzberg,  
Joachim Boddenberg,  
Gerhild Hustädt,  
Andrea Valentiner-Branth,  
Andreas Bohne,  
Manfred Kloiber,  
Ulrich Janßen,  
Claudia Rhein und  
Martin Gerhardt (v.l.n.r.)**



Zahlen zu bringen. Nach den Referaten entzündete sich eine Debatte, in die immer wieder die mit Lage-Hörste verbundene Seele und Identität des Fachbereichs 8 eingebracht wurde. Außerdem wurde das Fehlen eines Gesamtkonzeptes für die Bildungshäuser bemängelt. Das mache es dem Gewerkschaftsrat schwer, zu entscheiden, erklärte Gewerkschaftsratsmitglied Gundula Lasch. Auf den Punkt brachte es am Ende Klaus Schrage: „Der Fachbereich hat in diesem Fall das Recht, mit dem Herzen zu entscheiden.“ Das tat er auch, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Plenum verabschiedete zwei Resolutionen. Die eine richtete sich an die Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft und forderte den Erhalt des „sehr erfolgreichen“ Internationalen Studienganges Journalistik in Bremen, eingebracht von der dju Niedersachsen und Bremen (s. S. 20). Die zweite Resolution der dju Bayern lautet „Die Einhaltung des Urheberrechts gilt gerade auch für Journalisten“ und bezieht sich auf zwei aktuelle Fälle, in denen Berufskollegen die Urheberrechte anderer Kollegen grob verletzt.

**Wählen, zuhören, verabschieden: Die dju bedankte sich bei Georg Escher von der Nürnberger Zeitung und bei Wulf Beleites, freier Journalist in Hamburg (3. Foto v.l.), für die langjährige Arbeit im Vorstand. Mit stürmischem Beifall wurde Werner Ach (rechts) gedankt. Er war seit Gründung vor acht Jahren Vorsitzender der Fachgruppe Medien.**



Fotos: Murat Türemis



## Von Effizienz geprägte dju-Konferenz

Der Konferenz der Fachgruppe Medien vorgeschaltet war die dju-Bundeskonferenz am 20. Februar. Mit dem Credo „Gut, dass es uns gibt“ eröffnete Ulrich Janßen, alter und neuer dju-Bundesvorsitzender, die Konferenz. An den dramatischen Ereignissen der letzten Wochen sei dies besonders deutlich geworden. Niemand kümmere sich erfolgreicher um die Belange der Journalistinnen und Journalisten, weder tarif- noch berufspolitisch. Wie wichtig diese Belange sind, hätten die teilweise gewalttätigen Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit bei den Gida-Demonstrationen

und die Attentate in Paris und Kopenhagen besonders deutlich gemacht. „Das sind faschistische Übergriffe auf ein Grundrecht, um das wir uns kontinuierlich kümmern müssen. Auch wenn die Gida-Demonstrationen allmählich abebben, ist das Thema nicht erledigt“, so Janßen. Es sei Aufgabe der Journalistengewerkschaft, Kollegen zu schützen. Die Polizei unternehme diesbezüglich zu wenig, behindere Journalisten teilweise sogar an der Berufsausübung. „Auch das ist ein Übergriff gegen die Pressefreiheit! Weil Journalisten die Polizei auch beobachten müssen, sehe die



Polizei uns zum Teil als Gegner an.“ Der Erhalt und Ausbau der Pressefreiheit beschäftigt die dju fortwährend, dabei spiele der Kampf um angemessene Einkommen und Honorare eine große Rolle. Schließlich sei qualitative Arbeit nur zu leisten, wenn die Bedingungen stimmen.

dju-Geschäftsführerin Cornelia Hass stellte einen neuen Service der dju vor: Mit einer neuen Arbeitszeit-App können Redakteur/innen und Journalist/innen nun selbst überprüfen, wie viel sie eigentlich arbeiten. (<http://tinyurl.com/o3gx3v9>)

Danach ging alles recht schnell: Den dju-Geschäftsbericht akzeptierten die 36 Delegierten widerspruchslos. Lediglich zwei Anträge lagen der Konferenz vor. Der Grund für die neue Sparsamkeit: Anders als zuvor sollten Anträge nicht doppelt sowohl in der dju und dann nochmals in der Konferenz der Fachgruppe Medien beraten werden. Schließlich wurde in einer „Grußadresse“ Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Morgenpost übermittelt: Sie kämpften gegen die Kündigung von zehn Prozent der Belegschaft und für einen Sozialtarifvertrag zur Beschäftigungssicherung (s. S. 22).

Die Konferenz wählte einen neuen dju-Bundesvorstand mit Ulrich Janßen von der *Nordwest Zeitung* für weitere vier Jahre als Vorsitzenden. Gewählt wur-



Fotos: Murat Türemis

den außerdem die dju-Vertreter im Deutschen Presserat: Sigrun Müller-Gerbes, Manfred Protze, Matthias Wiemer, Anne Schneller, Tina Groll, Angelas Giese und Max Hägler. In den Internationalen Journalistenorganisationen IJF und EJF wird die dju weiterhin von Wolfgang Mayer und Joachim Kreibich vertreten.

[www.dju-verdi.de](http://www.dju-verdi.de)

ucb ■

**Bundesvorstand der dju:**  
**Peter Freitag, Joachim Legatis, Gundula Lasch, Ulrich Janßen, Miriam Scharlibbe, Jan-Timo Schaub, Joachim Kreibich, Renate Gensch (v.l.n.r.)**

## Keiner schiebt uns weg



Foto: Gerhard Kirchgäßner

**Vorstandsfrauen: optimistisch und tatkräftig. Auch zu erreichen über <https://medien-kunst-industrie.verdi.de/ueber-uns/frauen>**

**Einen „skandalösen Dauerbrenner“ nannte Sozialwissenschaftlerin Ursula Schumm-Garling die Forderung nach gleicher Bezahlung von Frauen und Männern. Dem konnten die Delegierten auf der Bundesfrauenkonferenz des ver.di-Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie in Berlin nur zustimmen. Sie nutzten ihre Konferenz, um über Entgeltgleichheit und die damit ursächlich zusammenhängende Altersarmut vor allem von Frauen zu diskutieren.**

Das Lied der Heinze-Frauen erklang dazu am 28. Februar 2015. „Keiner schiebt uns weg“, sangen die Arbeitnehmerinnen des Gelsenkirchener Foto-Unternehmens Heinze Ende der 1970er Jahre. Sie wollten gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen. Drei Jahre klagten sie durch die Instanzen. Zehntausen-

de stimmten in das Lied ein, eine breite Solidaritätswelle erfasste das Land. Am 9. September 1981 gab das Bundesarbeitsgericht in Kassel den 29 Heinze-Frauen Recht. Das Unternehmen musste drei Jahre rückwirkend Lohn nachzahlen und tarifgerecht eingruppieren, ohne Ansehen des Geschlechts.

Als dieser Tage die Oscar-Preisträgerin für die beste weibliche Nebenrolle Patricia Arquette in ihrer Dankesrede rief: „Nun ist endlich unser Moment gekommen, sich stark zu machen für gleiche Löhne und gleiche Rechte der Frauen in den Vereinigten Staaten von Amerika“, da wurde einmal mehr deutlich: Die Ungleichheit besteht nach wie vor, national und international. Leider erhalten Frauen in Deutschland ca. 22 Prozent weniger Einkommen als Männer, sagte die emeritierte

Professorin der TU Dortmund Ursula Schumm-Garling in ihrem Vortrag. Eine Durchschnittszahl. Der Rückstand bei den Einkommen differiere in den einzelnen Berufen von 2 Prozent bei technischen Zeichnerinnen über 19 Prozent bei Bankkaufleuten bis zu 27 Prozent bei Zahnärztinnen. Nur selten verdienen Frauen mehr als Männer. Werde die Lebensarbeitszeit betrachtet, erreichen Frauen einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge nur 49 Prozent des Pro-Kopf-Bruttoeinkommens der Männer. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen hat sich in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent erhöht. Jedoch arbeite jede zweite Frau in Teilzeit, zudem in Berufen und Branchen mit schlechter Bezahlung. Doch auch nach über 20 Jahren Festschreibung der Gleichheit beider Geschlech-

ter im Grundgesetz sollten uns diese Fakten nicht entmutigen, weiter für Entgeltgleichheit zu streiten, so die Wissenschaftlerin.

Hannelore Buhls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, brachte es in ihrem Referat zur Rentenpolitik auf den Punkt: „Nur wer im Berufsleben schon die eigenständige Existenzsicherung sichern konnte, kann auch ausreichend fürs Alter vorsorgen.“ Hier seien die Frauen aufgrund der Arbeitsmarktsituation eindeutig benachteiligt. Das sei Buhls zufolge „eine offen erkennbare Aufgabe der Arbeits- und Sozialpolitik“. Voraussetzung, damit Frauen nicht in die Armutsfalle tappen, sei die Gleichstellung der Arbeitsverhältnisse. Der Frauenrat schlage dafür unter anderem vor, dass die gesetzlichen Regelungen für Minijobs – in die vor allem Frauen gedrängt würden – beendet werden.

So wie einst Gisela Kessler, die als Frauensekretärin der IG Druck und Papier an der Seite der Heinze-Frauen stand, forderten die Delegierten zur Durchsetzung der Forderung für die Entgeltgleichheit die solidarische Unterstützung der gesamten gewerkschaftlichen Organisation ein. Die Bedingungen der Frauen im Berufsleben müssten immer im Fokus von ver.di stehen. „Die Auswahl für Aktivitäten ist groß“, sagte Ursula Schlumm-Garling dazu. So könne hier unter anderem auch eine Neubelebung der Diskussion um eine Verkürzung der Arbeitszeiten weiterhelfen.

Frauen-Sicht sei auch wichtig, wenn es um die derzeit diskutierten Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA geht. „Wir sind für einen freien Handel, schon aus unserer langen internationalen Tradition heraus“, machte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-

Vorsitzender, die Position der Gewerkschaft klar. Kritisch werde es, wenn es um den Abbau von Arbeitnehmerrechten gehe, wenn Verbraucher- und Umweltrechte ausgehebelt würden. Das ermöglichten etwa in den Verträgen vorgesehene Schiedsgerichte, die außerhalb jeder ordentlichen Gerichtsbarkeit agieren. Vehement argumentierte Werneke nochmals für die Kampagne gegen das vorliegende Gesetz zur Tarifeinheit, das einen Eingriff ins Streikrecht bedeute ([www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit](http://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit)). Diese ver.di-Position wolle frau zukünftig ebenso in Betrieben und vor Ort vertreten wie den Kampf um die Entgeltgleichheit, war ein Fazit der Konferenz. Der neue Vorstand bekam per Antrag für die nächsten vier Jahre aufgegeben, sich vorrangig mit den Themen Rente und Altersarmut zu beschäftigen. **Karin Wenk** ■

## Seifenblasen und andere Ideen

Wie kann ver.di für junge Leute attraktiv gemacht werden? Und wie können sich Aktive besser vernetzen? Das waren zwei Fragen, um die sich die Teilnehmer/innen der 3. Bundesjugendkonferenz Medien, Kunst und Industrie am 28. Februar die Köpfe heiß redeten, Flipcharts und Metaplankarten vollgeschrieben und doch fröhlich blieben.

„ver.di soll Spaß machen“, war eine wichtige These, als es darum ging, wie Durchsetzungskraft und Interessenvertretung im Betrieb gestärkt werden können. Dass junge Leute mit „Guerilla“-Aktionen und Flashmobs bei Demos und Streiks das „Maul aufreißen“, wo „Erwachsene“ eher Fahnen schwenken, zeigten junge Aktive aus Frankfurt/Main per Video.

Wo überall sich Betätigungsfelder ergeben, was ver.di für die Beschäftigten in den nächsten Monaten vor allem bei Tarifrunden durchsetzen will, hatte ver.di-Vize Frank Werneke erläutert. Da ging es um die aktuelle Tarifaufeinandersetzung bei den Landesbühnen, wo Warnstreiks bevorstehen, um die Gehaltsrunde beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder um Tarifsondierungen in der Druckindustrie. Den „Blumenstrauß der Themenfelder“ beschloss er mit Kritik am von vielen Arbeitgebern praktizierten „Roll-Back beim Mindestlohn“ sowie einem Blick auf die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Unverbesserlich optimistisch ging Maximiliane Friedl für den bisherigen Jugendfachkreis davon aus, dass jugendliche Beteiligung im ver.di-Fachbereich Medien wachsen möge. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz 2015 hatten sich zuvor selbst vorgestellt: die SchauspielerIn, der Chef des



Foto: Gerhard Kirchgäßner

**Die jungen Aktiven aus Medien, Kunst und Industrie: Gemeinsam stark!**

Campus-Web der Uni Bonn, die Buchhalterin eines Wellpappeproduzenten, JAV-Vertreter der Kölner Bühnen und von Melitta, ein Eimer-Jugend- und Auszubildendenvertreter aus einem Etikettendruckbetrieb, Verlagsmitarbeiter, ein Azubi beim WDR oder zwei junge Betriebsrätinnen von der UCI Kinowelt. Einerlei, ob sie gleich bei Ausbildungsbeginn mit ver.di in Kontakt kamen, egal, ob sie schon vieles versucht hatten, um Kommilitonen zur Mitarbeit zu animieren, oder bei jungen Kollegen auf Unwissenheit oder Angst stießen: Einig waren sich alle: Nur gemeinsam sind wir stark. Deshalb wurden mit Bundesjugendsekretär Jan Duscheck und Isabell Senff von der ver.di-Jugend Ideen gesucht, wie Azubis und junge Beschäftigte für die Gewerkschaft zu werben sind. Überzeugen kann

nur, wer informiert und mit dem Herzen dabei ist, war eine Erkenntnis. Man kann sich Hilfe holen, eine zweite. Kleine Geschenke erhalten den Kontakt, eine weitere. Deshalb wünschte sich Maxi Berger auch Seifenblasen-Spender mit ver.di-Logo. „Die machen gute Laune und ziehen Leute an“.

Natürlich wurde auch auf dieser Konferenz gewählt. Fünfzehn Mitglieder bilden den neuen Bundesfachbereichsjugendfachkreis. Gefordert wurde, den Internationalen Studiengang Journalistik an der Hochschule Bremen und die ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste zu erhalten. Um die Jugendarbeit geht es in einem Antrag an die ver.di-Bundesfachbereichskonferenz im April. „Die Nachwuchsförderung muss ernst genommen werden“, heißt es darin. Also nicht nur Spaß. **neh** ■



# Mit Trennschärfe

## Debatte über Medien- und Kunstfreiheit im Dialog der Kulturen

**Aufklären über die Trennschärfe zwischen Terrorismus und Islam, über Religionen, gemeinsam den aktuellen Diskurs führen, politische Antworten einfordern: Ergebnisse einer Diskussion um „Medien- und Kunstfreiheit im Dialog der Kulturen“ am 7. Februar mit Künstlern, die sich zu ihren diesjährigen Wahlkonferenzen im Berliner ver.di-Haus trafen.**

Als „ein eindrucksvolles Zeichen der Verbundenheit“, bezeichnete der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, die Kundgebung der muslimischen und der türkischen Gemeinde gemeinsam mit vielen Verbänden am Brandenburger Tor nach den Anschlägen in Paris. Gleichfalls stiegen die Übergriffe auf muslimische Einrichtungen. Es habe noch mehr Hakenkreuzschmierereien, tätliche Angriffe in Deutschland und noch mehr in Frankreich gegeben. Bei Muslimen löse das Angst und Betroffenheit aus. Man wolle einen Keil in die Gesellschaft treiben. „Das dürfen wir nicht zulassen“, rief Mazyek die Gewerkschafter auf.

Aufklärung und Diskurs sind notwendig, da es viele unterschiedliche Auffassungen – auch zur Karikatur als ein Mittel der Satire – gebe. Missverstehen von Meinungsäußerungen, Unwissen über die Historie von Religionen und Weltanschauungen kämen hinzu. Das belegte die Debatte der Künstler mit Aiman Mazyek und dem dju-Vorsitzenden Ulrich Janßen sowie dem ver.di-Kunstabereichsleiter Heinrich Bleicher-Nagelsmann. Auftrag der Karikatur sei es Kritisches offen zu zeigen, so Mazyek. Deshalb sei es ein „falsches Signal und falsch verstandene Toleranz und Rücksichtnahme“, den Motivwagen beim Kölner Karneval – auf dem ein Terrorist durch den spitzen Stift eines Karikaturisten zur Strecke gebracht wird – zurück zu nehmen. „Gerade jetzt ist es wichtig, das darzustellen.“

**Grenzen ausgelotet.** Was darf Karikatur, gibt es Grenzen auch für die Freiheit der Kunst, fragte Moderator Bleicher-Nagelsmann. Oft werde Meinungsfreiheit an den Befindlichkeiten etwa der Muslime festgemacht, das sei der falsche Weg, antwortete Mazyek. Das gelte es abzukoppeln. Man müsse auf das Grundgesetz schauen. Trotzdem könne sich jemand verletzt fühlen, und es gehöre zum gesellschaftlichen Diskurs, das dann auch sagen zu dürfen. Satire müsse überzeugen und wehtun, so eine Teilnehmerin. Dennoch gebe es auch Taktgefühl und Achtung vor anderen im Sinne einer Gewaltprävention und damit Grenzen, hielt jemand dagegen. Satire dürfe, muss aber nicht alles, das sei auch eine persönliche Gewissensfrage. Niemals jedoch dürfe es dazu führen, dass Menschen umgebracht, attackiert und unter Druck gesetzt werden, fasste eine Kollegin zusammen, was offenbar alle im Saal einte.

„Was mir mehr zu denken gibt, mich sehr beunruhigt, sind weniger die religiösen Themen. Sie würden vorgeschoben, von Täten, Politikern, religiösen und anderen Einrichtungen. Ich sehe eine große Gefahr in der Stärkung des Faschismus“, sagte Imre Török,

Bundesvorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller in ver.di. Sie ginge hierzulande einher mit Pegida, NSU ... „Das ist eine politische Entwicklung, die nichts mit Religion zu tun hat.“ Die Trennung von Terror und Religion wurde in der Debatte vielfach betont. Religion werde missbraucht, um Terror zu begründen, hieß es. Das gelte, wie wir aus der Geschichte wüssten, auch für andere Weltanschauungen. Und gewaltbereite Fundamentalisten seien überall anzutreffen. Betont wurde, dass Rassismus und Gewalt, aber auch Angst um eigene Lebensverhältnisse vor dem Hintergrund schlechter sozialer Bedingungen vieler Menschen gedeihen.

**Pressevielfalt unter der Lupe.** Zu den brutalen Ereignissen in Paris habe auch die dju schnell und klar Position für Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit bezogen. Leider sei jedoch auch in Deutschland das Ringen um Pressefreiheit kein Brachland, sagte Ulrich Janßen. Die Angriffe auf Journalisten häufen sich. Es gibt Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Fotografen anrempelt, behindert und nicht schützt wie jüngst in Hamburg. Zudem, so Janßen, habe Pressefreiheit auch etwas mit Pressevielfalt zu tun, der die aktuelle Entwicklung etwa von Zeitungsfusionen entgegenwirkt. Sparkonzepte sorgen für schlechtere Arbeitsbedingungen, vor allem Freie können von ihrer Arbeit häufig nicht mehr leben. Geschrei wie das von der „Lügenpresse“ befördere ein Klima, dass mit sachlicher Medienkritik nichts zu tun habe. Der dju-Vorsitzende warnte: „Diese Rufe schwimmen an der Oberfläche. Wenn sie abebben, dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass es vorbei ist.“ Viele Kräfte, die sich gegen die Grundrechte der Pressefreiheit, der Kunstfreiheit und der Religionsfreiheit richten, wirken hinter den Kulissen und seien deshalb nicht auf den ersten Blick erkennbar. Dies zu entlarven, was sich im Verborgenen abspiele, sei Aufgabe der Medien, sagte der dju-Vorsitzende. **Karin Wenk ■**

**Ulrich Janßen, Heinrich Bleicher-Nagelsmann und Aiman Mazyek (v.l.n.r.) diskutierten mit den Delegierten der Kunstfachgruppen in ver.di**



Foto: Ludwig Rauch

### Schriftstellerverband mit neuer Vorsitzender

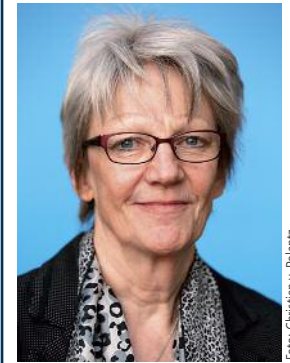


Foto: Christian v. Polenz

**Eva Leipprand** aus Bayern ist die neue Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller VS in ver.di. Sie wurde beim Schriftstellerkongress am 8. Februar gewählt. Seit der Verbandsgründung im Jahr 1969 ist die Autorin, Kritikerin und Übersetzerin erst die zweite Frau in dieser Position.

Ihre **Stellvertreter** sind der bisherige Vorsitzende Imre Török (Baden-Württemberg) und Regine Möbius (Sachsen).

#### Neu im Vorstand:

Leonie Viola Thöne (Nordrhein-Westfalen) und Gabriele Loges (Baden-Württemberg).

# Glaubwürdigkeit beschädigt

Ein Plädoyer für den konstruktiven Umgang mit begründeter Kritik im Rundfunk

Die Wahl der „Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres 2014 war eine politische Entscheidung der Sprachjury, die vor allem dem undifferenzierten Kampf der PEGIDA galt. Dabei häuft sich in der Gesellschaft die Kritik an den Leistungen der etablierten Medien. Die Medienmacher, vor allem die der öffentlich-rechtlichen Anstalten, geraten immer stärker unter den Druck des Publikums.

„ARD aktuell“-Chefredakteur Kai Gniffke gab sich kategorisch: „Wir haben stets nach bestem Wissen und Gewissen sowie sorgfältiger Recherche berichtet. Es gibt keinen Grund, sich für Fehler zu entschuldigen oder in der Berichterstattung nun gar gegenzusteuern“, so der ARD-Mann in seinem „Tagesschaublog“ am 29. September 2014. Nur zwei Tage später sah sich „Tagesthemen“-Moderator Thomas Roth dann doch zu einer Entschuldigung genötigt. ARD-Moskau-Korrespondent Lielischkies hatte am 20. Mai die Erschießung zweier Zivilisten durch Kämpfer der Separatisten in Krasnoarmeysk gemeldet. Originalaufnahmen des Zwischenfalls bewiesen, dass die ukrainische Nationalgarde für den Tod der Zivilisten verantwortlich war. Schon unmittelbar darauf waren Zweifel an dieser Darstellung geäußert worden. Erst fünf Monate später folgte die Entschuldigung für die Falschmeldung.

Ein Einzelfall? Zweifel an der behaupteten „sorgfältigen Recherche“ erscheinen angebracht. Gelegentlich tauchen in der Berichterstattung Bilder von Panzerkolonnen auf, die eine Invasion russischer Truppen in der Ostukraine belegen sollen. Bilder, die sich später als alte Aufnahmen vergangener Kriege erweisen. So geschehen zuletzt am 12. Februar dieses Jahres, als die Online-Redaktion von „ZDF heute“ Fotos von 50 angeblich in die Ukraine einmarchierenden russischen Panzern in einen Bericht „schummelte“. Auch *Focus Online*, *tagesspiegel.de* und *Zeit Online* griffen diese „News“ auf. Tatsächlich stammten die Fotos aus dem Georgien-Krieg 2009.

**Nur das halbe Bild.** In lebhafter Erinnerung bleibt auch die Verbreitung jenes Fotos vom G20-Gipfel in Brisbane, das die angebliche Isolation Putins von den übrigen Regierungschefs belegen sollte, auch verbal unterstützt durch die Headline: „Der einsame Putin“. Die Ausstrahlung des kompletten Reuters-Materials ergab: Der im Bild befindliche Kellner verdeckte die gleichfalls am Tisch sitzende brasilianische Präsidentin Rousseff. Zwecks Illustration einer steilen These hatten die Nachrichtenredaktionen fast aller TV-Sender eine recht eigenwillige Bildauswahl getroffen. Vorgänge, die der Glaubwürdigkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung immer wieder Schaden zufügen. Vorgänge, die übrigens auch genüsslich von Russia Today Deutsch, dem staatlichen Auslandssender des Kreml, aufgespießt werden. Gemäß dem Senderslogan: „Wir zeigen den fehlenden Teil zum Gesamtbild.“

The screenshot shows the ZDF 'heute.de' website interface. At the top, there's a search bar and navigation links. The main content area features a liveblog titled 'Liveblog: Kiew meldet 50 russische Panzer'. Below the title is a photograph of tanks. A small text box below the photo contains a correction: 'Bild: Russische Soldaten in Kamensk-Schachtynski nahe der Grenze zur Ukraine (August 2014). Redaktioneller Hinweis: Zuvor stand an dieser Stelle ein Bild mit falschem Bildtext. Es zeigte georgische Panzer aus dem Jahr 2009, getextet war es mit 'russische Panzer'. Dieser Fehler wurde korrigiert. (Quelle: REUTERS)'. Below this are four video thumbnails: 'Bild Russische Panzer an Grenze zur Ukraine', 'Video Waffenruhe beschlossen', 'Video Durchbruch mit Abstrichen', and 'Video Gefechte trotz Friedensgipfel'. A larger text block below explains the error: 'Während der Verhandlungen über den Friedenstahplan für die Ukraine haben nach Angaben Kiews rund 50 russische Panzer die Grenze überquert. Laut Armee wurden in der Nacht zu Donnerstag zudem etwa 40 Raketensysteme und gepanzerte Fahrzeuge nach Luhansk gebracht. Alle Entwicklungen im Liveblog. In einem Beitrag vom 12. Februar 2015 zu den Verhandlungen in Minsk haben wir die Überschrift 'Liveblog: Kiew meldet 50 russische Panzer' mit einem falschen Bild versehen. Das Foto stammt aus dem Jahr 2009 und zeigt georgische Panzer. Dieser Fehler ist gravierend, und wir bitten unsere User um Entschuldigung. Der Fehler ist beim Bearbeiten des Bildes entstanden. Die Informationen zum Ausgangsbild in unserer Bilddatenbank wurden falsch übertragen. Der Grafiker und der Redakteur fanden das Foto dann mit der Info 'russische Panzer' und haben es deshalb verwendet. Damit sich ein solcher Fehler nicht wiederholt, wurden die Arbeitsabläufe verändert. Außerdem werden die verwendeten Fotos deutlicher als zuvor als 'Archiv' gekennzeichnet bzw. das Datum des Fotos genannt.' On the right side, there's a weather sidebar for 'Wetter Deutschland' showing '10°C' and a list of news items like 'Einwanderung: Warmlaufen für den Wahlkampf' and 'Kinderschutzbund will kein Geld von Edathy'.

**Bildverwechslung: Russische Panzer waren in Wahrheit georgische und das Photo war mehrere Jahre alt.**

Das ist die wichtigste medienpolitische Entwicklung des vergangenen Jahres: die zunehmende Entfremdung relevanter Teile des Publikums von den Leitmedien dieses Landes. Vor allem im Kontext der Ukraine-Berichterstattung registrieren Sender und Printmedien wachsendes Misstrauen der Rezipienten an einer Berichterstattung, die von Anfang an als einseitig und einäugig an transatlantischen Interessen ausgerichtet empfunden wurde. In der analogen Vergangenheit stand Kritikern allenfalls der Leserbrief oder das Hörertelefon zur Artikulation ihres Protests zur Verfügung. Im digitalen Zeitalter entlädt sich der Widerspruch auf massive Weise in sozialen Netzwerken und Online-Foren der großen Inhalte-Anbieter. Nicht immer sachlich, sehr häufig auch in beleidigender Form, garniert mit Verschwörungstheorien. Jenseits individueller Eingaben artikuliert sich der Protest neuerdings verstärkt auf organisierte Weise.

Zum Beispiel im „Forum Ständige Publikumskonferenz“. Gegründet wurde der Leipziger Verein von Maren Müller. Die Aktivistin arbeitete bis Sommer 2014 als Verwaltungsangestellte beim MDR. Anfang 2014 profilierte sie sich mit der Aktion „Markus Lanz raus aus meinem Rundfunkbeitrag“, einer Online-Petition aus Protest gegen das unflätige Bashing des ZDF-Moderators gegenüber Talk-Gast Sahara Wagenknecht. Müller begreift die „Ständige Publikumskon-



ferenz“ als Sammelstelle für Beschwerden gegen Fehlleistungen in den Programmen von ARD und ZDF. Knapp 50 der formulierten Beschwerden bezogen sich auf die Ukraine-Berichterstattung. Ein weiterer Vorwurf: Sowohl ARD als auch ZDF böten in ihren Nachrichtenformaten zum Ukrainekonflikt „vollkommen wertneutrale Podien für rechtsradikale und kriminelle Banden, ohne sich auch nur ansatzweise zu distanzieren“. Verbotene Nazisymbole würden „kommentarlos groß eingeblendet, als würde man über Traditionsvereine berichten“. Belege dafür lassen sich einige finden. Etwa am 25. Januar, als Lielischkies in der ARD einen Kämpfer zu den Raketenangriffen von Separatisten auf Mariupol interviewte. Vorgestellt wurde dieser als einer der „Kiew-treuen Verteidiger“ Was der „Tageschau“-Zuschauer nicht erfuhr: der Kämpfer gehörte der Asow-Miliz an, einem Freiwilligen-Bataillon, das von Rechtsextremen gegründet wurde und von europäischen Neonazis unterstützt wird.

**Abwehrreaktionen.** „Erstaunlich hilflos und gereizt reagieren die Sender darauf, dass unzufriedene Zuschauer, die sie finanzieren müssen, sich nicht mehr mit der Rolle von Leserbriefschreibern zufrieden geben“ schreibt Medienkritiker Stefan Niggemeier in einem Beitrag für „Krautreporter“. Wenn diese stattdessen versuchen, „durch das Mittel der Programmbe-schwerde und die Dokumentation in der Öffentlichkeit ihrer Kritik maximale Wirkung zu verschaffen“, provoziert das in den Häusern gelegentlich massive Abwehrreaktionen. Dabei fällt die Reaktion durchaus unterschiedlich aus. Während ARD-Mann Gniffke immerhin regelmäßig in seinem „Tagesschaublog“ die Auseinandersetzung mit den Kritikern führt, hält sich das ZDF in dieser Frage eher zurück. Kriegs- und Krisenzeiten seien bekanntlich „Phasen mit widersprüchlichen Informationen und Propaganda“, antwortete die ZDF-Pressestelle dem Debattenblog „Publixphere“ auf entsprechende Anfrage. In der digitalen Welt hätten sich die Grundlagen der Krisenberichterstattung zudem „massiv verändert“. Im Internet seien „eine Vielzahl an Informationen, Gerüchten und Halbwahrheiten im Umlauf. Das bedingt neue Standards der Quellenprüfung“. Hinweise auf eine etwaige Verletzung dieser Standards sind indes nicht immer willkommen. Das erfuhr etwa die Linke-Politikerin Gesine Lötzsch, als sie im ZDF-Fernsehrat eine kritische Frage nach dem Umgang mit NS-Symbolen in der Ukraine-Berichterstattung stellte. Und von Chefredakteur Peter Frey unfreundlich abgebugelt wurde.

Diese Art des Umgangs mit Beschwerden ist für Maren Müller von der „Ständigen Publikumskonferenz“ Ausdruck einer „mangelnden Fehlerkultur“. Wie jedes andere Unternehmen benötigten ARD und ZDF ein „Reklamations- oder Beschwerdemanagement“, das sich um die Qualitätssicherung kümmere. Nach Lage der Dinge sind dafür die Sendergremien, allen voran die Rundfunkräte zuständig. Diese nehmen solche Aufgaben allerdings – vorsichtig formuliert – häufig nur unvollkommen wahr. In Konfliktfällen bereifen sie sich nicht selten eher als Repräsentanten denn als Kontrolleure der Sender. Ein Beispiel dafür ist die Stellungnahme des WDR-Programmausschusses vom 11. Dezember vergangenen Jahres zur Ukraine-Berichterstattung. Darin formuliert das Gremium seine „Verärgerung über die Veröffentlichung einer Zusammenfassung, mit der eine differenzierte Analyse

des ARD-Programmbeirats verzerrt und an einigen Stellen verkürzt wiedergegeben wird“.

Ein bemerkenswerter Vorgang. Denn die angeblich „verzerrt und verkürzt“ wiedergegebene Position des Programmbeirats könnte kaum deutlicher sein. Die Berichterstattung des Ersten über die Ukraine-Krise im ersten Halbjahr 2014 habe „teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt“ und sei „tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen gerichtet gewesen“, heißt es in dem Resümee. Sie sei in weiten Teilen „unausgewogen, undifferenziert und unvollständig“ gewesen, fasste „epd-Medien“ zusammen. WDR-Intendant Tom Buhrow reagierte wütend. Den Vorwurf unsauberer und tendenziöser Berichte werde man nicht auf sich sitzen lassen, schrieb er im Intranet des Senders: „Das geht an die journalistische Ehre.“ Das klingt mehr nach Korpsgeist als nach ernsthafter Auseinandersetzung mit Kritik.

Unterstützung erhielt die ARD interessanterweise von ungewohnter Seite. *Spiegel Online* meldete, bei der „an die Öffentlichkeit durchgestochenen“ Kritik des „Laien-Gremiums“ Programmbeirat handle es sich um ein „aus dem Zusammenhang gerissenes, Resümee“. Offenbar ein solidarischer Schulterchluss im redaktionellen Eigeninteresse. Erst im September hatte der später vom Deutschen Presserat missbilligte *Spiegel*-Titel „Stoppt Putin jetzt“ wütende Proteste in den sozialen Netzwerken hervorgerufen. Springers *Welt* qualifizierte unter der Headline: „Putins langer Arm reicht bis in die Gremien der ARD“ die Programmbeirat-Kritik als „stalinistischen Geheimprozess“ und „Kreml finanziert“. Dass die Kritik des Beirats einer öffentlich-rechtlichen Anstalt „durchgestochen“ werden muss, also nur auf fast schon klandestinem Weg an die Öffentlichkeit dringen kann, gibt zu denken.

Nicht nur die tendenziöse Ukraine-Berichterstattung trifft auf die Ablehnung breiter Teile des Publikums. Immer wieder entzündet sich der Unmut von Medienkonsumenten an Vorgängen, die mit den Maßstäben einer wahrheitsgetreuen Schilderung der Realität kollidieren. erinnert sei an die Diskussion um die Bilder vom „Republikanischen Marsch“ in Paris nach dem Terrorattentat auf die Charlie-Hebdo-Redaktion. Fast alle Nachrichtensendungen suggerierten, die aus aller Welt angereisten Spitzenpolitiker würden diese Demonstration anführen. Tatsächlich marschierten sie aus Sicherheitsgründen in beträchtlichem Abstand zum gemeinen Volk. Warum diese Inszenierung, diese mangelnde Transparenz? ARD-Mann Gniffke mag die Aufregung darüber nicht verstehen. Inzwischen sei schließlich „nahezu alles eine Inszenierung – jede Pressekonferenz, jede Demonstration, jeder öffentliche Auftritt. Sollen Nachrichten das jedes Mal entlarven“? Wer so argumentiert, mache sich selbst zum Teil der Inszenierung, konterte Stefan Niggemeier in der *FAS*.

Der Vertrauenskrise eines großen Teils der deutschen Leitmedien dürfte auf diese Weise nicht beizukommen sein. Die Verantwortlichen täten gut daran, Selbsthilfeorganisationen wie die „Ständige Publikumskonferenz“ nicht gleich als Kampagneninstrumente finsterner Mächte zu diffamieren. Sie sollten die Chance ergreifen, einen konstruktiveren Umgang mit sachlich begründeter Kritik zu erlernen.

Günter Herkel ■

ScreenShot: http://www.heute.de/weblog-zum-ukraine-gipfel-in-minsk-rnngsk-rnngsk-um-frieden-fuer-die-ukraine-37145464.html

**Mehr Beispiele**

„Best of“ des Blogs Blauer Bote zeigt mehr Beispiele:

<http://blauerbote.com/2015/02/16/ukraine-konflikt-gefaelschte-invasionsbilder-best-of/>



Die in der Ukraine eingesetzten Panzerzüge sind ein Propagandatrick. Die Panzerzüge sind nicht in der Ukraine eingesetzt, sondern sind in Russland stationiert. Die Panzerzüge sind ein Propagandatrick, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

http://blauerbote.com/2014/08/31/ukraine-die-panzerzuge-erneut-billiger-propagandatrick/

# Journalistenjagd

## Nazi-Angriffe auf Fotografen – Ermittlungen ergebnislos eingestellt

**Ohne Schutzhelm und schussichere Weste zieht Marcus Arndt schon lange nicht mehr los. Wo der Dortmunder Fotojournalist arbeitet, da fliegen Pflastersteine und Flaschen. Sie fliegen auf Demonstranten und auf Gegendemonstranten, auf Polizisten und auch auf Journalisten.**

Seit 22 Jahren berichtet Arndt von Demos im Ruhrgebiet, von linken und von rechten Aufmärschen. Die Schutzkleidung gehört für den Fotografen so selbstverständlich zu seinem Job wie Kamerabody und Objektiv. Der 44-Jährige ist einer von fünf Journalisten aus Dortmund, die Anfang Februar ihre Namen auf fingierten Todesanzeigen im Internet lesen mussten. Darunter standen Sätze wie: „Sein Tod wird für uns Deutsche alle ein Freudentag sein.“ Die Anzeigen erschienen auf einer Facebook-Seite. „Jagd eröffnet“ stand im Seitenkopf. Als widerliche Drohung und Angriff auf die Pressefreiheit kritisierten Journalistenverbände, darunter auch die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, diesen Aufruf zur Journalistenjagd.

Die Betroffenen erstatteten Anzeige gegen Unbekannt. Wer hinter den Drohungen steckt, lässt sich nicht mit absoluter Gewissheit sagen. Doch alles deutet auf die rechte Szene Dortmunds hin. Die Urheber unterzeichneten die Anzeigen beispielsweise mit „Nationaler Widerstand“, eine 2012 verbotene rechtsextreme Organisation. Sie verlinkten außerdem zu dem Onlineversandhandel eines Kadern der Partei „Die Rechte“, die im Dortmunder Stadtrat sitzt.

Trotz der offensichtlichen Hinweise ermittelt die Staatsanwaltschaft „in alle Richtungen“, wie Oberstaatsanwältin Barbara Vogelsang sagt. „So einen Link kann jeder schalten“, sagt sie weiter. Ob der oder die Urheber verwertbare Spuren im Internet hinterlassen haben, werde geprüft. Ob die Räume des Versandhändlers durchsucht, Computer beschlagnahmt wurden? „Das ist ein ziemlicher Grundrechtseingriff. Da muss man schon etwas in der Hand haben“, so Vogelsang auf die Fragen von M. Mehr will sie nicht sagen. Die Chancen, dass die Urheber ermittelt werden, schätzen Arndt und andere Betroffene als gering ein.

Dass man die Drohungen ernst nehmen muss, zeigt ein Blick in die jüngere Geschichte Dortmunds: Im Jahr 2000 erschoss ein Neonazi erst drei Polizisten und dann sich selbst. 2005 erstach ein Skinhead den Punker Thomas Schulz. 2006 ermordete der NSU in Dortmund den türkischen Kioskbetreiber Mehmet Kuşak. Acht Jahre später, auf einer Demo im Dezember 2014, feiern Neonazis die Mörder wie Helden und verhöhn ihre Opfer.

Die Todesanzeigen sind nicht der erste Versuch, Dortmunder Journalisten einzuschüchtern. Ende vergangenen Jahres etwa starteten die Rechten eine Kampagne gegen einen Redakteur der *Dortmunder Ruhr Nachrichten*. Sie verteilten diffamierende Flugblätter in der Nachbarschaft des Journalisten. Die Polizei

konnte gerade noch verhindern, dass sie vor seinem Wohnhaus eine Kundgebung abhielten. In der Nacht zum zweiten Weihnachtsfeiertag flogen Farbbeutel gegen die Hausfassade. Die Werfer konnten nicht ermittelt werden. „Es gab keine konkreten Anhaltspunkte“, so Oberstaatsanwältin Vogelsang. Während die Täter also unbehelligt blieben, musste der Lokalredakteur im Februar auf seine Todesanzeige blicken.

Dortmund ist zwar ein besonders heikles Pflaster. Doch es ist kein Einzelfall. Rechte Gewalt und Einschüchterungsversuche gegen Journalisten haben in den vergangenen sechs Monaten bundesweit bedenkliche Ausmaße angenommen. Hass und Aggression stoßen Medienvertretern bei Pegida in Dresden und seinen Ablegern im Rest der Republik entgegen. Rechtsradikale stehen oft in vorderster Front. Bei einem Legida-Aufmarsch Mitte Januar in Leipzig etwa spielten sich regelrechte Jagdszenen ab. „Eine Gruppe von vermummten, bulligen Typen ist auf uns Journalisten zugestürzt. Polizisten waren nicht in Sichtweite“, berichtet der freie Journalist René Loch. Ende Februar, nur einen Tag nach seinem Bericht über eine andere Legida-Demo, fand Tobias Prüwer, Chefredakteur des Leipziger Stadtmagazins *Kreuzer*, ein Drohschreiben in seinem E-Mail-Eingang. „Du linke Ratte stehst auf unserer Besucherliste“, schrieb der anonyme Absender und machte deutlich, dass er weiß, wo Prüwer wohnt. Loch und Prüwer kamen mit dem Schrecken davon. Weniger Glück hatte eine Fotojournalistin in Köln. Sie berichtete Ende Oktober von der Demo „Hooligans gegen Salafisten“. Auch dort mischten Neonazis mit. „Sie haben mich gestoßen und in mich reingetreten“, erzählt sie. Als sich die Journalistin hilflos an Polizisten wandte, hätten die sie ignoriert oder gesagt, dass sie ja nicht hier sein müsse. „Das ist mein Job“, habe sie erwidert. Dann sei das eben Berufsrisiko, so die Polizisten zynisch. Um die Pressefreiheit ist es demnach in Deutschland eher schlecht bestellt. Sie wird mit Füßen getreten. Nicht nur von denen, die ihr den Krieg erklärt haben, sondern auch von denen, die sie schützen sollen.

**Falsche Presseausweise.** Wer sich fragt, wie Neonazis die Identitäten von Journalisten auskundschaften: Sie geben vor, selbst Journalisten zu sein. Eben noch laufen sie in einer Demo mit, halten gar eine Rede. Wenig später stehen sie hinter der Polizeiabsperrung und zielen mit Handykameras auf Journalisten. Wenn Polizisten sie daran hindern wollen, zücken sie einen Presseausweis, wie es ihn im Internet für Jedermann



### Szenen aus „Weiße Wölfe“: Vom Irokesen zum Nazi-Skinhead und das Schlägerbild eines Dortmunder Nazis.

In der grafischen Reportage „Weiße Wölfe“, die auf investigativer Recherche beruht, beschreiben der Autor David Schraven und der Comic-Zeichner Jan Feindt die Hintergründe des rechtsradikalen Terrorismus in Deutschland. Auch die Geschichte der rechten Terror-Zelle in Dortmund und ihre Verbindung zur NSU werden in eindrucksvollen Bildern dargestellt.

Zum Buch gibt es eine Ausstellung, die beim gemeinnützigen Recherche-Büro Correctiv! angefordert werden kann. [www.correctiv.org](http://www.correctiv.org)



zu kaufen gibt. Das berichten Journalisten aus Dortmund, aber auch ihre Kollegen aus anderen Städten, die solche Vorgänge beobachtet haben. Das Prinzip hat offenbar System. So ruft beispielsweise „Die Rechte“ auf der Internetseite des Kreisverbandes Hamm ihre „Kameraden“ dazu auf, sich einen Presseausweis zu besorgen.

Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju, ist dieser Missbrauch bekannt. „Seit 2009 stellt die Innenministerkonferenz nicht mehr ihr Signum für den Presseausweis zur Verfügung“, sagt sie. Seitdem sei es schwieriger geworden, zwischen seriösen und unseriösen Ausweisen zu unterscheiden. „Sie sehen sich zum Verwechseln ähnlich“, so Haß weiter. Sie fordert eine Rückkehr zum Signum. Ob dies das Problem löst, ist unklar. Die Innenminister wurden bislang nicht tä-

tig. Neonazis können die Pressefreiheit ungehindert mit ihren eigenen Mitteln bekämpfen. Ein unerträglicher Zustand.

Fast schon alltäglich sind die Attacken von Neonazis in Brandenburg auf die *Lausitzer Rundschau*. Im zurückliegenden September schlugen sie wieder zu und beschmierten die Fensterscheiben der Lokalredaktion Spremberg mit verbotenen Symbolen und Drohungen. In den vergangenen zwei Jahren gab es mehrere Anschläge dieser Art. Einmal suchten zwei Neonazis die Redaktion auf und wollten René Wappler zu einer Berichterstattung über die Antifa zwingen. Der für seine Courage mehrfach ausgezeichnete Redakteur ließ sich nicht einschüchtern und erstattete Anzeige. Anderthalb Jahre danach sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Cottbus in diesem Fall noch nicht abgeschlossen, in anderen Fällen wurden sie erfolglos eingestellt – zur Enttäuschung von Wappler. Der Lokalredakteur berichtet dennoch wie gehabt. Dem Berliner *Tagesspiegel* verriet er einmal, wie er mit den Drohungen umgeht. „Ich bin ein Fan des Verdrängens“, sagte Wappler.

Auch die Journalisten in Dortmund setzen ihre Arbeit fort. Sie lassen sich nicht klein kriegen. Nach den fingierten Todesanzeigen war Fotojournalist Marcus Arndt bei der ersten Nazi-Demo vor Ort: Wie immer mit Helm, schusssicherer Weste und natürlich mit der Kamera.

Michael Billig ■



Zeichnungen: CORRECTIV

# Willfährig auf Irrwegen

## Schonungslose Bilanz zum Versagen der Medien bei NSU-Mordserie

Im Herbst 2011 erfuhr die konsternierte Öffentlichkeit, dass die Ermordung von neun Menschen mit Migrationshintergrund und einer Polizistin auf das Konto des NSU gingen. Staatliche Behörden hatten ein Jahrzehnt lang in die falsche Richtung ermittelt. Der „NSU-Komplex“ steht aber nicht nur für völliges Staatsversagen. Neben Polizei und Justiz hat auch die so genannte „Vierte Gewalt“ versagt, deutsche und türkische Medien. Dies belegt eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung.

Unter dem Titel „Das Unwort erklärt die Untat“ weist das Autorenteam Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittmann nach, dass große Teile der medialen Berichterstattung willfährig den Irrwegen und Deutungsmustern der Ermittlungsbehörden folgte. „Medien haben mit zur Ausgrenzung der Opfer beigetragen, haben Angehörige stigmatisiert“ und sich teilweise selbst mit abwegigen Spekulationen an der Tätersuche beteiligt, sagte Tanja Thomas, Medienwissenschaftlerin an der Uni Tübingen, beim Mainzer MedienDisput Ende Januar in Berlin. Die Studie zeigt, dass polizeiliche Quellen Autorität genossen und als glaubwürdig weiterverbreitet wurden. Die enge Anbindung der Berichterstattung an die polizeilichen Erkenntnisse „habe zu einer einseitigen Gewichtung und Wahrnehmung der Quellen“ geführt. Polizeiliche Quellen hät-

ten dominiert, Hinweisen zu den Tathintergründen aus dem Umfeld der Betroffenen sei nicht nachgegangen worden. Mit dem von Journalisten geprägten Begriff „Döner-Morde“ (Unwort des Jahres 2011) seien die Angehörigen der Opfer nicht als Betroffene behandelt, sondern ausgegrenzt und teilweise selbst kriminalisiert worden. Der menschenverachtende Terminus „Döner-Morde“, das dürfte inzwischen Allgemeinut sein, lässt auf vorhandene rassistische Grundeinstellungen schließen. Davon infiziert zeigten sich selbst Medien, die sich sonst gern als „Sturmgeschütze“ der Demokratie feiern lassen. „Spur der Döner-Mörder führt zur Wettmafia“ – Ende 2009 suchte etwa der *Spiegel* die Hintermänner des Verbrechens bei den Betroffenen selbst. Und noch Anfang 2011 fabulierte das Magazin unter dem Titel „Düstere Parallelwelt“ von „Hinweisen, dass eine Allianz türkischer Nationalisten, Gangster und Geheimdienstler dahinter stecken könnte“. „Aus vermuteten Verbindungen zur ‚organisierten Kriminalität‘ wurden vielfach Tatsachenbehauptungen gemacht“, heißt es dazu in der OBS-Studie. Die Berichterstattung sei aufgeladen worden mit Spekulationen über die angeblichen „Milieus“ und „Parallelwelten“, in denen eine „Mauer des Schweigens“ nicht nur die polizeiliche Arbeit erschwere, sondern auch Ausdruck unzureichender Integration in die Mehrheitsgesellschaft sei. Dass türki-



**otto-brenner-stiftung.de:**  
 Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann: „Das Unwort erklärt die Untat“ – Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik

sche Medien überwiegend ins gleiche Horn bliesen, macht die Sache nicht besser. Sie orientierten sich vielfach an der Berichterstattung deutsche Medien – auch mangels eigener Korrespondenten in Deutschland. Teilweise wurden sogar gänzlich neue Vermutungen über die Täter ventiliert – etwa in Richtung Hisbollah oder „türkische Nationalisten“. Allerdings hätten sie, dies ein weiterer Befund der Studie, zumindest vorübergehend die zeitweise 2006 diskutierte These vom „Türkenhass“ als Tatmotiv deutlich ernstgenommen als die deutschsprachigen Printmedien.



Ausschnitt des Screenshots: www.sueddeutsche.de/politik/nsu-prozess-die-laenge-suche-nach-der-wahrheit-1.2288052

**Fünf Angeklagte, 172 Prozesstage, hunderte Zeugen: Das zweite Jahr des NSU-Prozesses ist vorüber. Die Süddeutsche Zeitung hat die Verhandlung vom ersten Tag an verfolgt und täglich mitgeschrieben. Das daraus entstandene Protokoll ist am 2. Januar 2015 im SZ-Magazin erschienen – und es wurde in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk, der UFA Fiction und der Filmakademie Baden Württemberg verfilmt.**

**Nachgelesen**

Die Prozessprotokolle des zweiten Verhandlungsjahres: <http://br.de/nsu-protokolle>, [www.sz.de/nsu-protokolle](http://www.sz.de/nsu-protokolle)

Die Art der Berichterstattung über die NSU-Morde vor der Verhaftung von Beate Zschäpe belegt eine Reihe struktureller Mechanismen und Defizite im Journalismus, die die eklatanten Mängel der Berichterstattung begünstigten. Ein Umstand, den beim Mainzer MedienDisput Andreas Förster, Politikredakteur der *Berliner Zeitung* und Geheimdienstexperte, unumwunden einräumte. Die Arbeitsverdichtung habe im digitalen Zeitalter enorm zugenommen, zugleich auch der Wettbewerb um exklusive News aus exklusiven Quellen. Das verleite dazu, dass man unkritisch mit bestimmten Informationen umgehe, auch mit den Behörden, von denen man die Informationen bekomme. „Man wird gefüttert, und die Gegenleistung, die dafür erwartet wird, ist, dass man dann auch die Sicht der Behörden übernimmt“, sagte Förster. Die OBS-Studie nennt als weitere Faktoren „fehlende Ressourcen für eigenständige Recherchen, fortbestehende Distanz zu migrantischem Leben, unzureichende Repräsen-

tanz migrantischer Perspektiven in der Berichterstattung sowie ein ‚Schwarmverhalten‘, das – wie am Begriff ‚Döner-Morde‘ erkennbar (...) zur Verstärkung diskriminierender Berichterstattung beitragen kann“.

**Was folgt aus dieser schonungslosen Bilanz?** Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, heute Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der NSU-Morde, diagnostizierte beim Mainzer MedienDisput bei den Medien durchaus den guten Willen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Sie zeigte sich aber skeptisch. Seit 1990 seien im Zusammenhang mit rechtsradikalen Attacken 160 Todesopfer registriert worden. Regelmäßig werde von den Innenministerien der jeweiligen Länder ein rassistischer oder ausländerfeindlicher Zusammenhang zurückgewiesen. Die Presse wisse um die tendenziöse Beurteilung dieser Vorgänge aus der Politik und den Sicherheitsbehörden. Im Fall der NSU-Morde habe dennoch der journalistische Instinkt versagt. Im Alltag regiere immer noch der ganz gewöhnliche Rassismus. Wenn im Rahmen einer Rasterfahndung die Polizei einen Zug kontrolliere, so John, „da können 200 Menschen sitzen, natürlich wird der einzige Afrodeutsche aufgerufen und aufgefordert, seinen Rucksack zu öffnen“. Natürlich streite die Polizeiführung die Existenz rassistischer Vorurteile in den eigenen Reihen ab. Rassismus sei schließlich in den Dienstvorschriften verboten, also könne es ihn nicht geben, sagte John sarkastisch. Sie forderte die Journalisten auf, bei der Berichterstattung im Alltag mehr Sensibilität zu zeigen.

Und wie steht es mit der Aufarbeitung vor Gericht? Beinahe zwei Jahre dauert nun schon der Prozess vor dem Oberlandesgericht München. Zu Beginn erwiesen sich die Richter als unfähig, ohne Unterstützung des Bundesverfassungsgerichts auch nur die Sitzplatzfrage zu klären. Nach erstem Ansturm von Presse und allgemeiner Öffentlichkeit auf die überschaubare Zahl der Plätze im Gerichtssaal ist es längst ruhiger geworden im Verfahren gegen die stoisch schweigende Beate Zschäpe und ihre vier Mitangeklagten. „Der große NSU-Prozess hängt inzwischen schon seit Monaten durch“, befand die *Stuttgarter Zeitung* am 4. Dezember 2014. Zwar wird noch berichtet, aber qualitativ sehr unterschiedlich. Die Presse bilde nur das ab, was sich an den einzelnen Verhandlungstagen abspiele, kritisierte unlängst der Historiker und NSU-Watch-Autor Friedrich Burschel: „Es wird wie bei Eventberichterstattung nur berichtet, was sich unmittelbar abgepielt hat, und es werden kaum Bezüge nach außerhalb hergestellt.“ Dass zwei potenzielle Zeugen inzwischen „unter sehr merkwürdigen Umständen ums Leben gekommen“ seien, „findet im Gerichtssaal keinerlei Widerhall“.

Umso verdienstvoller, dass in einer Gemeinschaftsaktion die Gerichtsreporter des Magazins der *Süddeutschen Zeitung* und des Bayerischen Rundfunks an jedem Verhandlungstag mitschreiben. Mehr noch: In Kooperation mit Ufa Fiction und der Filmakademie Baden-Württemberg haben BR und SZ-Magazin den Prozess verfilmt. Anfang Januar erschien bereits der zweite, knapp zweistündige Teil. Als Grundlage dienen die Mitschriften der SZ-Autoren; vier BR-Schauspieler lesen die zitierten Aussagen von Opfern, Angeklagten und Angehörigen mit verteilten Rollen.

Günter Herkel ■





Foto: Cay Kinzel

Initiative Qualität lud zur Diskussion um eine zeitgemäße Ausbildung im Journalismus nach Bonn ein

# Perspektive gesucht

Lange hat es gedauert, aber jetzt haben sich die drei Tarifpartner im Rahmen der Initiative „Qualität im Journalismus“ darauf geeinigt, dass der Volontärstarifvertrag zur Ausbildung an Tageszeitungen, der seit 1990 unverändert in Kraft ist, dringend einer Aktualisierung bedarf. Seither hat es nicht nur eine rasante technologische Entwicklung gegeben, es sind auch neue Arbeitsgebiete wie der Datenjournalismus und Soziale Medien entstanden.

Doch wie soll die Reform des Volontarivertrags aussehen? Um dies zu diskutieren hatte die Initiative Qualität am 3. März nach Bonn zur Deutschen Welle eingeladen: „Die Besten gewinnen: Markt und Möglichkeiten“. „Kommen Ihnen die Besten abhanden?“, fragte IQ-Sprecherin Ulrike Kaiser eingangs BDZV-Vertreter Hans-Joachim Fuhrmann, der zugab, dass die zeitige Umorientierung zur PR bei Studierenden sehr groß sei. Ulrich Janßen, dju-Vorsitzender, betonte, dass die einfache zeitliche Verlängerung des Volontariats keine Lösung sei, sondern auch eine inhaltliche

Überarbeitung notwendig sei. DJV-Vorsitzender Michael Konken lobte, dass es nach etlichen Einzelvorschlägen („Flickschusterei“) endlich eine gemeinsame Initiative gebe, nach zeitgemäßen Standards zu suchen.

Eine Umfrage zur aktuellen Ausbildungssituation in den Redaktionen hatten die Professoren Beatrice Dernbach und Klaus Meier in den Wochen vor der Veranstaltung organisiert. Ein Ergebnis war, dass sich Ausbildungsredakteurinnen mehr um ihre Weiterbildung zum „Trainer“ kümmern als die Männer mit dieser Aufgabe. Details wird die Dokumentation der IQ-Veranstaltung bieten.

Der Personalberater und frühere Leiter der Burda-Journalistenschule Bernhard Rosenberger stellte in seinem Vortrag „Die Besten erreichen – Personal mit Planung“ fest, dass Kritik am mangelnden Weitblick der Verlage unverändert gültig sei. Im Branchenvergleich sieht er die Medienbetriebe im unteren Drittel bei der Personalentwicklung. Es herrsche „Gutsherrenart“ und „Gießkannenprinzip“. „Die Jungen wollen Herausforderungen,

aber auch eine gute Vergütung als Teil der geforderten Wertschätzung.“ Der Drang zu „Irgendwas mit Medien“ allein ziehe nicht mehr, die Verlage müssten aus ihrem „Dornröschenschlaf“ aufwachen, um guten Nachwuchs zu rekrutieren.

An vier Ständen stellten Verlage, Hochschulen, Akademien und Journalistenschulen ihre Journalistenausbildungen vor und mussten viele, auch kritische, Fragen der rund 100 Teilnehmer beantworten. Die Zusammenfassung samt eigenem Kommentar hatten vier junge Leute unter dem Titel „(Wie) Für uns geschaffen?“ übernommen: Miriam Scharlibbe und David Gillengerten von der dju sowie Helene Pawlitzki und Gregor Landwehr vom DJV. Dabei wurde deutlich, dass es nicht reicht, eine interessante Ausbildung anzubieten, um die „Besten“ für die Redaktionen zu gewinnen. „Denen muss man auch etwas bieten“, erklärte Miriam Scharlibbe. „Wir sind bereit, alle geforderten Dinge mitzubringen, aber gibt uns irgendwie eine Aussicht auf eine Perspektive.“ **Susanne Stracke-Neumann ■**

Anzeige

## UVK: Medienfachbücher

### Das A & O der Recherche

Hektor Haarkötter  
**Die Kunst der Recherche**  
 2015, 298 Seiten  
 60 farb. Abb.  
 flexibler Einband  
 ISBN 978-3-86764-460-0  
 24,99 €

Recherchieren bedeutet heute, nur noch so viele Daten zu sammeln, wie für eine gute journalistische Geschichte nötig sind. Neben die Informationssuche treten also deren sinnvolle Auswahl, Eingrenzung und Filterung. Suchmaschinen, datenjournalistische Verfahren und Recherchen im Social Web spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber auch die analogen Recherchemethoden, wie die Quellenkunde, Telefonbefragung oder Mindmaps, führen zur Kunst der Recherche.

[www.uvk.de](http://www.uvk.de)

# Juwel wegwerfen?

## Bremer Fachhochschule will renommierten Journalistik-Studiengang streichen

**Wer mit seinem Geld nicht mehr auskommt, versetzt notfalls sogar den Familienschmuck. So ähnlich läuft es derzeit an der (Fach-)„Hochschule Bremen“: Sie will den angesehenen „Internationalen Studiengang Journalistik“ (ISJ) streichen, obwohl Rektorin Karin Luckey ihn eigentlich für ein „Juwel“ hält. Unterstützer des ISJ kämpfen für sein Überleben.**

Der ISJ bietet mehr als „Irgendwas mit Medien“, steht auf seiner Homepage. Qualitätsjournalismus – das ist sein erklärtes Ziel. Bis zum Bachelor-Abschluss lernen die derzeit 191 Studierenden sieben Semester lang Theorie und Praxis ihres künftigen Berufs kennen. Laut Homepage fragen sie dabei auch „nach gesellschaftlichen Auswirkungen, nach politischer Einordnung, nach praktischer Umsetzung“.

Eine Besonderheit ist das verpflichtende Auslandssemester. Außerdem gehört der ISJ zu den wenigen Journalistik-Studiengängen in Deutschland, für die eine Fachhochschulreife ausreicht und kein klassisches Abitur nötig ist. In Ausnahmefällen ist ein Studium sogar ohne formale Qualifikation möglich – Hauptsache, die Quereinsteiger bestehen eine Eignungsprüfung. Folglich kommen die Studierenden aus allen Schichten, auch mit Migrationshintergrund.

angang zum Wintersemester 2019/20 auslaufen lassen. Der Grund: Bremens rot-grüne Koalition will den Landeszuschuss für die Hochschule bis 2020 von derzeit 29 auf 28 Millionen Euro pro Jahr kürzen, und das, obwohl das Geld schon bisher nicht reicht.

Unter diesem Spardruck hat die Leitung der Hochschule Bremen zwei Streichkandidaten ins Auge gefasst: Volkswirtschaft und Journalistik. Das Aus für VWL wurde bereits im Dezember vom Akademischen Senat der Hochschule besiegelt. Als das Gremium im Januar auch noch die Streichung des ISJ beschließen wollte, konnten hunderte Demonstranten die Sitzung mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert verhindern. Am 17. März (nach Redaktionschluss) will der Hochschul-Senat einen neuen Anlauf starten. Sollte auch diese Sitzung blockiert werden, könnte Rektorin Luckey die Schließung notfalls im Alleingang dekretieren. Und das, obwohl sie nach Angaben ihres Sprechers Ulrich Berlin „eigentlich nicht glücklich“ ist über das geplante Aus.

Warum es ausgerechnet das beliebte Journalistik-Studium treffen soll, begründet Berlin vor allem so: Der ISJ sei zwar ein Juwel, aber auch ein Solitär – womit diesmal kein Edelstein gemeint ist, sondern eine Art Einzelgänger ohne Überschneidungen oder Kooperationen mit anderen Fächern. Angeblich passt er nicht mehr ins Profil der Fakultät Gesellschaftswissenschaften, die sich nach dem Willen von Rot-Grün auf die Kernbereiche Soziale Arbeit sowie Gesundheit und Pflege konzentrieren soll. Eine Rolle spielt wohl auch, dass im ISJ nach dem Weggang einer Professorin nur noch ein einziger Lehrstuhl besetzt ist. Der lässt sich leichter wegkürzen als ein ganzes Professorenteam.

Doch die Studierenden wehren sich und erfahren viel Solidarität, unter anderem von dju und DJV. Eine Online-Petition an Wissenschaftssenatorin Eva Quandt-Brandt (SPD) fand innerhalb einer Woche über tausend Unterstützer. „Wir fordern Sie auf, die Vielfalt der Studiengänge in Bremen zu erhalten“, heißt es darin. Diese Forderung unterstützten auch die Delegierten der dju-Bundeskonferenz am 20. Februar in Berlin mit einer Resolution. Die Sprecher des dju-Landesvorstands Niedersachsen/Bremen, Annette Rose und Matthias Büschking, appellierten an die Bremer Landesregierung und die Hochschulleitung, gemeinsam nach einer Lösung für den Erhalt des Studiengangs zu suchen, der „ein Aushängeschild für Bremen“ sei. Prüfwert sei zum Beispiel Luckeys Vorschlag, den Studiengang von der Hochschule an die Universität Bremen zu verlagern. Mit gutem Willen, so die dju, müsse es dabei möglich sein, weiterhin auch Quereinsteigern ohne Abitur den Zugang zu ermöglichen. Die dju ist enttäuscht, dass auf ihren Vorschlag für ein Spitzengespräch der beiden Journalistengewerkschaften mit der Hochschule und den zuständigen Politikern noch immer nicht eingegangen wurde. Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl am 10. Mai kündigten Rose und Büschking an: „Wir werden den Erhalt des Internationalen Studiengangs Journalistik zum Thema während des Wahlkampfes machen.“ **Eckhard Stengel** ■



Screenfoto aus dem Videomaterial der HSB; Kamera: Oliver Rusanow (ISJ 2. Semester)

**Weitere Informationen und ein Video unter: [www.journalistik-bremen.de/aktuelles/108-die-hsb-protestiert](http://www.journalistik-bremen.de/aktuelles/108-die-hsb-protestiert)**

„Eine solche Durchlässigkeit ist eine Bereicherung für die Presselandschaft“, heißt es in einem Resolutionsentwurf für die im März stattfindende Jahresmitgliederversammlung der Landespressekonferenz Bremen. Darin wird auch eine Vergleichsstudie erwähnt, der zufolge der ISJ bei der Integration von Theorie und Praxis sogar besser abschneide als Journalistik-Studiengänge der TU Dortmund und der Columbia University New York.

Diese Qualität hat sich längst herumgesprochen: Zuletzt bewarben sich 374 Interessierte auf 42 Anfänger-Studienplätze. Sieben Semester später winken gute Berufsaussichten – bis hinauf zu ZDF, *Spiegel-Online* oder *SZ*, wie die Absolventengalerie auf der Homepage belegt. Trotz alledem will die Hochschule künftig keine neuen Bewerber mehr aufnehmen und den Studi-





Fotos: Jürgen Seidel

„Deutsche Welle für die ganze Welt“ hieß es am 23. Februar in Bonn, als Beschäftigte des Senders gegen weitere Kürzungen bei Personal und Programm protestierten

# Deutsche Welle im Plus

## Demonstration in Bonn für nachhaltige Programm- und Sprachenvielfalt

Das Umbau- und Sparprogramm bei der Deutschen Welle wurde vehement kritisiert. Nach Protesten im Dezember am Standort Berlin gingen am 23. Februar in Bonn Beschäftigte aus den 30 Sprachredaktionen des Senders auf die Straße, um für eine nachhaltige Sicherung der Programm- und Sprachenvielfalt und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze zu demonstrieren. Nun wurden von der Politik weitere Mittel zugesagt.

Ein leises Aufatmen ging durch die Reihen, als die Nachricht bekannt gegeben wurde, dass die Politik den Sender ab 2016 mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 12 Millionen jährlich ausstatten wolle. „Die Horrorszenarien des DW-Intendanten Peter Limbourg sind damit vorerst vom Tisch“, erklärte der Personalrat. Ohne die zusätzlichen Mittel hätten drei der vier TV-Programme der DW (Deutsch, Spanisch, Arabisch) und ein Drittel der insgesamt 30 Radio- und Online-Sprachen der Stimme Deutschlands in der Welt vor dem Aus gestanden. In den vergangenen Monaten hatten aufgrund der chronischen Finanzknappheit des Senders nahezu 300 freie Mitarbeiter ihren Hut nehmen müssen oder seien massiv in ihrer Beschäftigung gekürzt worden. Der Qualitätsverlust in allen Programmen sei deutlich spürbar, die Moral der Mitarbeiter erschüttert. „Die an sich sinnvolle Stärkung unserer Programme in der Weltsprache Englisch drohte an hektischen und mangelhaft finanzierten Umbau-Szenarien zu scheitern.“

In Bonn lautete deshalb die Devise: „Jetzt erst recht“ müsse der Umbau mit Bedacht erfolgen, die Sprachenvielfalt der DW nachhaltig gesichert werden. Denn sie sei mit der Regionalkompetenz der Mitarbeiter aus 60 Nationen das Alleinstellungsmerkmal der DW.

Dazu Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaftsvertreter im Rundfunkrat: „Der Rundfunkrat, der Verwaltungsrat und auch der Bundestag haben mehrheitlich die Reform des Senders gebilligt. Diese muss nun vernünftig umgesetzt werden. Es macht keinen Sinn, die Welle auf einen englischen Nachrichtenkanal zu reduzieren und Personal in den Redaktionen, der Technik und der Verwaltung abzubauen. Alle Beschäftigten, ob Freie, feste Freie oder fest Angestellte, brauchen Sicherheit. Wir sind für eine Optimierung des englischen TV-Kanals, für neue und moderne Technik, aber es muss auch klar sein, dass die 30 Redaktionen, die in den jeweiligen Sprachen ein wirklich gutes Programm machen, das auch weiterhin tun

können. Die Deutsche Welle muss im internationalen Chor der Medien hör- und sichtbar sein.“

Die Europäische Journalisten-Föderation (EFJ), in der ver.di-Mitglied ist, erklärte sich solidarisch mit den Protesten der DW-Beschäftigten. Überall in Europa werde an der falschen Stelle gespart. Dadurch seien Medienpluralismus und Demokratie in Gefahr, wird in einer entsprechenden Erklärung gewarnt.

Rundfunk- und Verwaltungsrat stimmten – vor dem Hintergrund der zugesagten Mittel der Politik – inzwischen der von Intendant Peter Limbourg vorgelegten Aufgabenplanung für die Deutsche Welle bis Ende 2017 zu. Alle Sprachen und TV-Kanäle sollen nunmehr erhalten bleiben, Kosten für Tarifsteigerungen 2014 und 2015 würden bezahlt werden. Von den 60 Kündigungen freier Mitarbeiter wurden 18 zurückgenommen. „Im Ringen um Zustimmung musste Intendant Peter Limbourg zusagen, einen Ressourcenplan nachzureichen“, erklärte Wolfgang Uellenberg-van Dawen. Auch wenn die Bundesregierung weitere 4 Millionen Euro für das Programm zugesagt habe, dürfe der Aufbau des englischen Kanals nicht weiter zu Lasten der anderen Sprachredaktionen gehen, so Uellenberg-van Dawen. Es müsse die notwendige Balance zwischen dem englischen Kanal und den anderen Programmen gefunden werden.

„Natürlich ist es sehr gut, dass wir mehr Geld kriegen und alle Sprachen und Fernsehkanäle erhalten bleiben. Jedoch ist noch vieles offen, was die Sicherung der Arbeitsplätze betrifft, schätzt Gesamtpersonalratsvorsitzende Ayse Tekin die jüngste Entwicklung ein. Die Personalräte müssen wachsam sein und schauen, wie es ganz konkret weiter gehe. Noch gebe es keine Übersicht, wie viel Personal genau wo gebraucht werde. Auf die Frage, ob denn nunmehr der Personalabbau gestoppt sei, habe es vom Intendanten kein klares Ja gegeben, so Tekin. Und befristete Beschäftigten? Sie würden dort verlängert, wo es nötig sei, hieß es. Auch das sei eher eine schwammige Aussage. „Bestätigt wurde indes, dass wie geplant weitere Freie eine Beschränkungsankündigung – eine Kürzung ihres Auftragsvolumens – erhalten.“ Das sich Politik und Intendanz bewegen mussten, ist vor allem den Beschäftigten und dem Einsatz von ver.di zu verdanken. Sie haben mit Aktionen in Bonn und Berlin deutlich gemacht, wie kritisch sie die Umbaupläne ohne finanziellen Rückhalt sehen. Die ver.di-Petition vom Februar hatten zudem Tausende unterschrieben. Mehr auf: [www.soliseite.de/deutsche-welle](http://www.soliseite.de/deutsche-welle) wen ■



### Blick ins Archiv

<https://mmm.verdi.de/archiv/2014/07/titel/07-2014/fragwuerdige-kehrt-wende>

# Schadensbegrenzung

## Interessenausgleich und Sozialpläne bei M. DuMont Schauberg

Auf vier eng beschriebenen Seiten erläutert die Mediengruppe M. DuMont Schauberg (MDS), wo ab Februar die „neue organisatorische Heimat“ von Umgeschichteten und Ausgegründeten liegen soll. Beschäftigte in 13 Verlags- und Redaktionsbereichen in vier Städten erhielten seit Jahresbeginn Briefe zum Betriebsübergang. Die „Perspektive Wachstum“, Umschreibung für ein bislang beispielloses Umstrukturierungs- und Stellenabbauprogramm im Medienkonzern, schreitet voran.

Am Ende einer „digitaler Transformation“ sollen Renditen bis zu 20 Prozent winken. Akut dürfte man froh sein, wenn Ende 2015 eine schwarze Umsatz-Null erreicht wird. Dafür bleibt aktuell kein Stein auf dem anderen. Direkt betroffen sind Anzeigenservice und Verwaltung, Blattplaner, Controller, Buchhaltung und Finanzabteilungen, Redaktionsarchiv, die komplette Kölner Druckerei, die Redaktion des *Berliner Kurier* ... Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung sind allerorten bedroht. In etlichen neuen Gesellschaften könnten wegen der Beschäftigtenzahlen „entweder keine oder nur Betriebsräte mit eingeschränkten Rechten“ gewählt werden. „Auch der Kündigungsschutz verschlechtert sich“, kritisiert die Berliner Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Im Kölner Mutterhaus, nun „regionales Medienhaus Rheinland“ genannt, sowie in den „Mediengruppen“ Mitteldeutsche Zeitung und Berliner Verlag geht es jetzt um Schadensbegrenzung. Bei der *Hamburger Morgenpost* hat sich der Konflikt besonders zugespitzt.

**Hamburg:** „Die Belegschaft zeigt mit beeindruckender Entschlossenheit, dass sie die jetzt eingeleiteten Kündigungsverfahren nicht akzeptiert. Jeder Spaltungversuch von oben hat die Solidarität mit den Betroffenen nur noch stärker werden lassen“, sagt ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. Die Hamburger Geschäftsführung hatte Verhandlungen darüber abgelehnt, die angedrohten sieben Kündigungen noch abzuwenden. Dazu liegen „kostenneutrale“ Vorschläge des Betriebsrates auf dem Tisch. Stattdessen kursieren Listen von „Low Performern“. Die Gewerkschaften DJV und ver.di unterbrachen daraufhin die Tarifverhandlungen um Sozialtarifvertrag und Altersteilzeitregelung und riefen für den 20. Februar erneut zum Warnstreik auf. Seither wurde weiter verhandelt. Nach Redaktionsschluss am 4. März mit dem Ergebnis: Für Beschäftigte des Sales-Service gab es „einvernehmliche Regelungen“, so dass „Freikündigungen“ hier vom Tisch seien. Ansonsten wurden Abfindungen und eine Härtefallregelung vereinbart. Ab 1. Mai können Beschäftigte für zwölf Monate in eine Transfergesellschaft wechseln. Die Gewerkschaften verhandeln weiter über einen Altersteilzeit-Tarifvertrag.

**Köln:** Am 29. Januar unterzeichneten Unternehmen und Betriebsrat für die Gesellschaften M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitungen und Media Media Vermarktung Rheinland jeweils Eck-

punktepapiere, die zu einer Betriebsvereinbarung Interessenausgleich und Sozialplan ausformuliert werden. Man hat sich in Verhandlungen mit ver.di-Beteiligung auf Abfindungsformeln geeinigt, die für freiwillige Austritte, im Kündigungsfall oder beim Wechsel in eine für zwölf Monate ausgestattete Transfergesellschaft gelten. Außerdem gibt es ein Angebot zu Altersteilzeit oder Sabbaticals. Weitere vier DuMont-Servicegesellschaften, die Blattplanung GmbH und die gesamte Druckerei (DuMont Druck Köln) sollen diesen Vereinbarungen durch Unterschrift beitreten. Der Betriebsrat ist im Rahmen eines Gemeinschaftsbetriebes gewisse Zeit für Ausgegründete noch mit zuständig.

**Halle/Saale:** Bei der *Mitteldeutschen Zeitung* waren Gewerkschaften in Verhandlungen um Interessenausgleich und Sozialplan nicht involviert, der Betriebsrat unterzeichnete am 30. Januar. Arbeitsplatzabbau soll durch Auslaufen befristeter Verträge, über Abfindungsangebote oder Wechsel in Teilzeit, aber auch durch Kündigungen erreicht werden. Im bestehenden Sozialplan sind Fortbildungsmaßnahmen bei Umsetzung auf andere Arbeitsplätze sowie Betriebszugehörigkeiten geregelt, was auch für aktuell Betroffene gelten sollen.

**Die Ansage „Not amused“ der Beschäftigten des Berliner Verlages bei den Aktionen während der Tarifrunde 2011 gilt bis heute. Seit Jahren versucht DuMont Schauberg Tarifrechte abzubauen.**



Foto: Christian v. Polentz

**Berlin:** Der *Berliner Kurier* wurde zum Februar in eine kapitalschwache Berliner Kurier GmbH ausgelagert. Beschäftigte und Interessenvertretung kritisieren fehlende Begründung und mangelnde Information zu den Folgen. Sehr viele Beschäftigten – wie übrigens auch beim ausgegründeten Vertrieb – haben sich Widersprüche gegen den Betriebsübergang offengehalten. Redakteure fragen die Geschäftsführung etwa, warum Titelrechte nicht mit übergingen oder ob mit der vorgesehenen Finanzausstattung überhaupt eine ordentliche Zeitung produziert werden kann. Immerhin gelang es den Gewerkschaften vor Jahresende, die



Tarifbindung für die Beschäftigten der neuen Gesellschaft durch die Übernahme des Firmentarifvertrags des Berliner Verlags zu sichern.

Offen ist dagegen die Tarifbindung für die neue BVZ Berliner Lesermarkt GmbH (vorher Marketing/ Vertrieb). Doch gab es bei den laufenden Tarifverhandlungen für den Berliner Verlag, die BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, die DuMont Redaktionsgemeinschaft, die Vermarktung-GmbH Berlin Medien und die BVZ Anzeigenzeitungen GmbH in der Verhandlung am 17. Februar leichte Fortschritte. Die Gewerkschaften fordern die Aufrechterhaltung ei-

nes gemeinsamen Betriebs am Alexanderplatz sowie eine unternehmenseinheitliche Interessenvertretung. Auf einen detaillierten Vorschlag zum Abschluss eines Sozialtarifvertrages hat die Arbeitgeberseite nun schriftliche Antwort zugesagt. Über einen möglichen Altersteilzeit-Tarifvertrag wird weiter debattiert.

Für die Ausgliederung von 13 Beschäftigten aus der BZV Berlin Medien Vermarktung GmbH in den zentralen DuMont Media Service zum 1. Februar 2015 wurden Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart.

Helma Nehrlich ■

# Zusteller wehren sich

## Lohnrückerei trotz Mindestlohn bei Logistik-Unternehmen

**Erst seit wenigen Wochen gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Doch schon wollen Teile der Union wesentliche Elemente des Gesetzes wieder kippen und dessen effektive Kontrolle verhindern. Und auf betrieblicher Ebene setzen etliche Unternehmer darauf, die Lohnuntergrenze zu umgehen. Besonders in der Zeitungszustellung wird vielerorts bei der Umrechnung von Stück- in Stundenlöhne getrickelt.**



Foto: verdi

„Noch während wir über eine Betriebsvereinbarung zur Umsetzung des Mindestlohns verhandelten, hat das Unternehmen hinter unserem Rücken drei neue Zustelltochter gegründet“, berichtet Dietmar Hölscher vom Betriebsrat der NW Logistik. Die rund 1.100 Beschäftigten, die die *Neue Westfälische* und andere Zeitungen in der Region austragen, würden gedrängt, in die neuen Gesellschaften zu wechseln. Dort wurden auch gleich Betriebsratswahlen durchgeführt – ohne die zuständige Gewerkschaft ver.di auch nur zu informieren.

Die ver.di-Aktiven bei der NW Logistik vermuten, dass das Unternehmen so die vor 2004 eingestellten Beschäftigten loswerden will, die zu vergleichsweise guten Konditionen arbeiten. Der Betriebsrat der NW Logistik – der in den vergangenen Jahren viele Verbesserungen durchgesetzt hat und bei der Umsetzung des Mindestlohns auf angemessenen Zeitvorgaben besteht – würde bei späterer Insolvenz der Altgesellschaft mit „entsorgt“ werden. Das

lassen sich die Gewerkschafter nicht gefallen. Sie halten mit öffentlichen Protesten dagegen – wie am 28. Februar in Bielefeld vor der Geschäftsstelle der *Neuen Westfälischen* (Foto).

Bei Funke Logistik im nordrhein-westfälischen Hagen sind die Zusteller in den vergangenen Wochen bereits mehrfach in Aktion getreten. Am 17. Januar legten sie zum zweiten Mal die Arbeit nieder, um einen Tarifvertrag für die rund 500 Beschäftigten zu erreichen. In 246 Zustellbezirken blieben die Zeitungen liegen. Beim ersten Streik am 5. Dezember 2014 waren es noch 133 Bezirke. „Das hat den Arbeitgeber massiv getroffen“, ist die ver.di-Aktivistin Gabriele Wendel-Brand überzeugt. Der Essener Medienkonzern karrte Beschäftigte aus dem ganzen Ruhrgebiet nach Hagen, um die Auswirkungen des Streiks zu verringern – offenbar ohne die Zusteller über die wirklichen Hintergründe ihres Einsatzes zu informieren.

Unmittelbar nach dem erneuten Ausstand bot die Geschäftsleitung ver.di drei Verhandlungstermine an. Die Gewerkschaft will per Haustarifvertrag einen Stundenlohn von 8,50 Euro durchsetzen, während das Management derzeit nur 7,80 Euro zahlen will. Weitere Forderungen sind Nachtzuschläge von mindestens 25 Prozent, Zuschläge für ungeplante Mehrarbeit, eine Erhöhung des Kilometergelds und der Entfernungspauschale, eine bessere Entlohnung von Nachlieferungen, 30 Tage Urlaub im Jahr sowie die Einführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

„Von den 360 Euro, die ein Abonnement kostet, blieben bislang gerade mal 20 Euro bei den Zustellern hängen“, rechnet Gabriele Wendel-Brand vor, die auch Vorsitzende des Betriebsrats ist. Dabei sorgten die Zusteller dafür, dass die Zeitung bei Wind und Wetter im Briefkasten liegt. „Der Redakteur kann sich wund schreiben, der Drucker die Zeitung drucken und der Verlag sie ausliefern – wenn der Zusteller nicht läuft, ist das alles umsonst.“

Daniel Behruzi ■

Anzeige



## Journalisten-Preis

### Straftaten und ihre Folgen aus Sicht der Opfer von Kriminalität

- Der Journalisten-Preis des WEISSER RINGS wird 2015 zum fünften Mal ausgelobt. Im Vordergrund stehen die sensible und aufklärerische Darstellung opferrelevanter Themen sowie Aspekte der Opferproblematik.

- Eingereicht werden können journalistische Arbeiten aus den Bereichen Print, TV, Hörfunk und online, die in Deutschland veröffentlicht wurden.

- Der Preis ist mit insgesamt 12.000 Euro dotiert. Darüber hinaus kann die Jury in allen drei Bereichen Sonderpreise vergeben.

#### Einsendeschluss:

6. Mai 2015

Ausschreibung und weitere Informationen unter

[www.weisser-ring.de](http://www.weisser-ring.de)

oder bei:

WEISSER RING e.V.

– Journalisten-Preis –

Weberstraße 16

55130 Mainz

Ansprechpartner:

Boris Wolff

Tel.: 06131 8303-38

Fax: 06131 8303-60

E-Mail: [presse@weisser-ring.de](mailto:presse@weisser-ring.de)



# Hessen neu aufgeteilt

## Übernahmen verfestigen Dominanz weniger Verlage über regionalen Medienmarkt

Die Monopolisierung der hessischen Medienlandschaft setzt sich fort. Während sich Madsack aus der Region zurückzieht, baut die Ippen-Gruppe ihre Dominanz in Nordhessen weiter aus. Im Süden wächst derweil die Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) nach der Übernahme des Darmstädter Echos zum großen Player heran. Weder für die Beschäftigten noch für die Medienvielfalt verheißt diese Entwicklung Gutes.

Madsack gibt den Versuch auf, sich auf dem hessischen Zeitungsmarkt breit zu machen. Die Hannoveraner Verlagsgesellschaft verkaufte im Januar zunächst ihre Mehrheitsbeteiligung an der *Oberhessischen Presse (OP)* in Marburg an den Altverleger Wolfram Hitzeroth. Das Lokalblatt mit einer Auflage von rund 26.000 Exemplaren ist damit wieder vollständig in Familienbesitz. Kurz darauf veräußerte Madsack auch die *Waldeckische Landeszeitung* in Korbach und die *Frankenberger Zeitung* mit einer Auflage von zusammen etwa 22.000 Exemplaren – dieses Mal aber an die Medien Beteiligungsgesellschaft (MBG) in Bad Hersfeld.

Die MBG hält bereits Beteiligungen an einer ganzen Reihe von Medienbetrieben in Nord- und Osthessen, unter anderem an der *Werra-Rundschau* in Eschwege, an der *Hersfelder Zeitung* sowie an mehreren Anzeigenblättern. Ihr Geschäftsführer ist Daniel Schöningh – Neffe des Zeitungsverlegers Dirk Ippen, der die *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)* und die *Offenbach Post* verlegt. „Ganz Nordhessen ist jetzt zeitungstechnisch Ippen-Land“, kommentierte ver.di-Landesfachbereichsleiter Manfred Moos die Übernahmen.

Der Ippen-Konzern nutzt diese, um „Synergieeffekte“ zu realisieren. Deren erstes Opfer ist offenbar die *Waldeckische Allgemeine*, eine Lokalausgabe der HNA mit einer Auflage von rund 5.000 Exemplaren. Diese soll nach ver.di-Informationen eingestellt werden. „Das war nach dem Verkauf der auflagenstärkeren *Waldeckischen Landeszeitung* an die Ippen-Gruppe leider zu erwarten“, sagte Moos. „Durch die Einstellung der *Waldeckischen Allgemeinen* wird die Region Korbach/Waldeck um eine publizistische Stimme ärmer.“ Die HNA trage die Verantwortung, den rund 20 Beschäftigten der *Waldeckischen Allgemeinen* eine berufliche Perspektive zu geben, so der Gewerkschafter. Unklar ist bislang, ob die HNA-Lokalausgabe *Frankenberger Allgemeine* (5.300 Exemplare) das gleiche Schicksal ereilt. Sie konkurriert mit der übernommenen *Frankenberger Zeitung*.

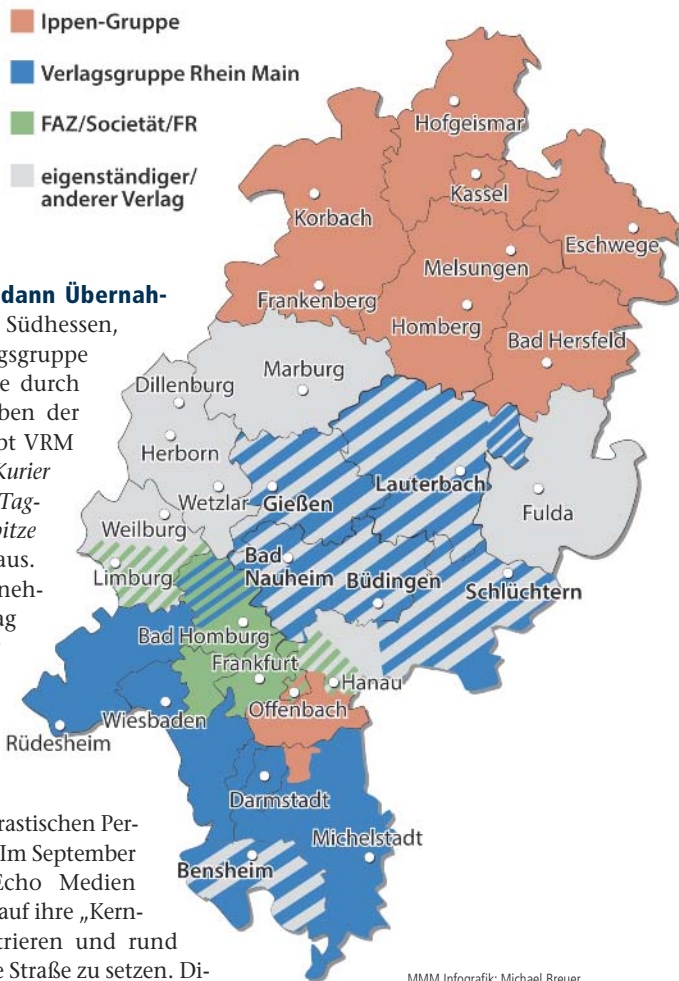
Auch im Druckbereich werden die Konzentrationsprozesse spürbar sein. So sollen die *Waldeckische Landeszeitung* und die *Frankenberger Zeitung* statt in der Marburger OP-Druckerei dem Vernehmen nach spätestens ab Ende des Jahres in der Kasseler Ippen-Druckerei hergestellt werden. ver.di fordert für die Drucker in Marburg deshalb eine Arbeitsplatzsicherung.

Jobs stehen auch beim *Hanauer Anzeiger* zur Disposition. Die 1725 gegründete Zeitung ist noch in Familienbesitz des Verlegers Thomas Bauer und bis-

lang Deutschlands älteste Tageszeitung mit Vollredaktion. Das soll sich nun ändern. Die Verlagsleitung kündigte im Januar an, die überregionale Berichterstattung künftig von der *Offenbach Post* beziehen zu wollen. Gedruckt werden sollen die rund 15.000 verkauften Exemplare des Blatts künftig ebenfalls in einem Ippen-Betrieb.

Horst Röper vom Dortmunder FORMATT-Institut ist von den weitreichenden Umstrukturierungen nicht überrascht. „Es ist doch klar, das nach so einem Deal Tabula rasa gemacht wird“, sagte er mit Blick auf die Expansion der Ippen-Gruppe. „Das muss eigentlich auch dem Kartellamt klar sein.“ Die Entwicklung des hessischen Medienmarkts hält der Wissenschaftler insofern für untypisch, als außerhalb der Region beheimatete Verlage das Rennen machen. „Im Prinzip besteht nur noch die FAZ als eigenständiger Verlag, ansonsten ist nicht mehr viel in hessischer Hand.“

### Die Zeitungslandschaft in Hessen



### Erst Personalabbau, dann Übernahme.

Das gilt auch für Südhessen, wo die Mainzer Verlagsgruppe VRM ihre Marktanteile durch Zukäufe erweitert. Neben der *Mainzer Allgemeinen* gibt VRM auch den *Wiesbadener Kurier* und das *Wiesbadener Tagblatt* sowie die *Main-Spitze* in Rüsselsheim heraus. 2014 hatte das Unternehmen bereits den Verlag des *Gießener Anzeigers* übernommen. Nun kommt das *Darmstädter Echo* hinzu.

Dort hatte die Geschäftsleitung bereits im Vorfeld einen drastischen Personalabbau eingeleitet. Im September 2014 kündigte die Echo Medien GmbH an, sich künftig auf ihre „Kernaufgaben“ zu konzentrieren und rund 180 Beschäftigte auf die Straße zu setzen. Diverse Bereiche sollten ausgegliedert werden, in den Redaktionen war eine „geringe Abschmelze“ vorgesehen. Trotz der Kritik von Beschäftigtenvertretern zieht das Unternehmen seine Abbaupläne offenbar voll

MMM Infografik: Michael Breuer



durch. „Alle Sanierungsmaßnahmen sind eingeleitet“, berichtete der Betriebsratsvorsitzende Thomas Boyny. Der Stellenabbau werde Ende August komplett umgesetzt sein. Wie mit der personell ausgedünnten Belegschaft ein anständiges Produkt herzustellen sei, müsse sich erst noch zeigen. In jedem Fall werde es zu weiterer Arbeitsverdichtung kommen, ist Boyny überzeugt. Dass das *Darmstädter Echo* nur wenige Wochen nach Ankündigung der „Sanierung“ verkauft wird, hat ihn überrascht. „Darüber wurde zwar schon lange gemunkelt, aber zu diesem Zeitpunkt hätte ich das überhaupt nicht erwartet“, so der Interessenvertreter. „Ich hätte gedacht, dass man erst einmal schaut, wie die Sanierung funktioniert.“

Das war aber offenbar gar nicht geplant. Mancher habe bereits im vergangenen Jahr gemutmaßt, „dass die Sanierung einzig und allein dem Zweck dient, das *Darmstädter Echo* attraktiv für einen Käufer zu machen“, sagte Manfred Moos von ver.di Hessen. Kaum jemand habe aber damit gerechnet, dass es nur wenige Wochen bis zum Verkauf dauern würde.

Der Käufer VRM ist für den Gewerkschafter hingegen keine Überraschung: Schon seit 2010 betreiben die Echo-Gruppe und die VRM gemeinsam ein Druckzentrum in Rüsselsheim. Seinerzeit verloren bereits 130 Beschäftigte aus der Darmstädter Echo-Druckerei ihren Job. Hans Georg Schnücker von der VRM-Ge-

schäftsführung erklärte die vom Kartellamt noch zu prüfende Übernahme paradoxerweise damit, so die „publizistische Vielfalt“ zu gewährleisten. „In Zeiten sinkender Auflagen und steigenden Drucks durch Global Player wie Facebook oder Google ist die Notwendigkeit für Kooperationen zwischen regionalen Medienunternehmen größer denn je.“ Den 140 verbleibenden Verlagsangestellten und Redakteuren in Darmstadt eröffne der Deal wieder eine gute Perspektive. Betriebsrat Boyny geht hingegen davon aus, dass sich die Lage mit VRM nicht verbessert – und hofft, dass sie dadurch auch nicht schlechter wird. Das VRM-Management habe gegenüber der Belegschaft erklärt, dass sich für diese nicht viel ändern werde.

Moos betonte, ver.di erwarte vom neuen Eigentümer, „dass nunmehr ein langfristig tragfähiges Konzept für die Echo-Zeitungen vorgelegt wird und es nicht zu weiteren Arbeitsplatzverlusten kommt“. Die VRM müsse auch sicherstellen, dass die publizistische Vielfalt in Südhessen erhalten bleibe. Die gelte insbesondere für den Raum Rüsselsheim, wo sowohl das Rüsselsheimer Echo als auch das VRM-Blatt Main-Spitze erscheinen. Dass sich VRM dauerhaft zwei konkurrierende Lokalzeitungen leistet, ist allerdings nicht unbedingt zu erwarten. Auch sonst dürfte der Konzentrationsprozess weitergehen – auf Kosten von Vielfalt und Beschäftigung. Daniel Behruzi ■

**Die VRM wirbt auf Ihrer Internetseite: „Den Menschen in der Region verpflichtet“!**



Foto: wikimedia / John345

# Ganz oder gar nicht

## Madsack setzt auf Marktführerschaft und bläst zum Rückzug aus Hessen

**„Aufgrund des dortigen heterogenen Zeitungsmarktes ist es für uns im Bundesland Hessen nicht möglich, unsere Strategie als Konsolidierer konsequent umzusetzen und eine signifikante Größe zu erreichen.“ Mit diesen Worten begründete Madsack-Chef Thomas Düffert den Rückzug aus Hessen. Soll heißen: Wenn der Konzern nicht zum wichtigen Player werden kann, lässt er es lieber ganz sein.**

Das passt zum generellen Vorgehen von Madsack, das Horst Röper vom FORMATT-Institut in den Media Perspektiven (10/2014) analysiert hat. Demnach beruht die Strategie des Hannoveraner Verlagskonzerns auf zwei Säulen: Marktführerschaft und Skaleneffekte.

Gezielt übernimmt Madsack lokale Zeitungsverlage, die in ihren jeweiligen Verbreitungsgebieten führend sind, insbesondere im Werbemarkt. Das erklärte Ziel ist die umfassende Marktführerschaft, die durch die Übernahme von Anzeigenblättern, Sonntagstiteln und anderen Lokalmedien erreicht werden soll. Zweite Säule ist die Realisierung von „Skaleneffekten“ oder „Synergien“. Auf allen Ebenen sollen Stückkostenvorteile durch große Mengen erreicht werden – ob bei Druckereien, Verlagen, Verwaltung, Akquise oder im IT-Bereich.

Auch journalistische Inhalte sollen für möglichst viele Produkte genutzt werden. Ein Mittel dazu ist der Aufbau des Tochterunternehmens RND (Redaktions-Netzwerk Deutschland GmbH). Diese Zentralredak-

tion liefert regionalen und lokalen Medien druckfertig produzierte Seiten zu, inklusive Bilder und Infografiken. „Der nächste Schritt wird sein, dass das RND ab 2015 auch die redaktionellen Webseiten unserer Titel mit überregionalen Inhalten beliefern wird“, kündigte Düffert kürzlich im Meedia-Interview an. „Bewegtbild wird ebenfalls hinzukommen, aber wir gehen Schritt für Schritt vor.“ Sein Konzept: Die regionalen Verlage sollen sich „auf ihre lokalen und regionalen Aufgaben konzentrieren. Alle anderen Aufgaben sollen zentral nur einmal, dafür aber gründlich und in Top-Qualität für alle Verlage des Konzerns gemacht werden.“

Betriebswirtschaftlich klingt das vernünftig, doch für die Reichhaltigkeit des Medienangebots ist diese Konzentration extrem problematisch. „Am Ende dieser geplanten Entwicklung werden die Zeitungen und Onlineportale in Lübeck, Kiel, Rostock, Leipzig oder Hannover zwar nicht identisch sein (...). Vieles aber wird vereinheitlicht werden, so unter anderem die Auslandsberichterstattung oder jene aus Berlin“, schreibt der Medienwissenschaftler Röper. Sein Fazit: „Die Entwicklung der Verlagsgesellschaft Madsack zum multimedial aufgestellten Konzern zeigt beispielhaft, wie bei solchen (ökonomisch nachvollziehbaren) Expansions- und Konzentrationsprozessen ein erheblicher Teil der medialen Vielfalt auf der Strecke bleibt, die im Bereich der Presse immer Vielfalt durch Vielzahl der Anbieter bedeutete.“ (dab) ■

# Alles aus einem Topf

## Funke gründet Zentralredaktion in Berlin

**Aus einer neu eingerichteten Zentralredaktion will die Funke Mediengruppe zukünftig ihre zehn Regionalzeitungen in der Republik mit journalistischen Inhalten aus der Hauptstadt versorgen. Auswirkungen auf das Personal scheinen noch nebulös.**

In einem ersten Schritt werden nach Funke Informationen die *Berliner Morgenpost* und das *Hamburger Abendblatt* mit überregionalen Inhalten aus Politik und Wirtschaft beliefert. Diese hatten Inhalte für ihren Mantelteil bisher von der *Welt* bezogen. In einem zweiten Schritt werden auch die vier NRW-Titel der Gruppe „national relevante Inhalte“ aus Berlin übernehmen. Sie werden bislang vom Essener Contentdesk beliefert. Auch Panorama- und Wissensseiten können zukünftig aus Berlin bezogen werden.

Chefredakteur der Zentralredaktion, deren Standort in Berlin bislang noch unklar ist, wird der Ex-Focus Chef Jörg Quoos. Er hat seinen neuen Job in einem provisorischen Büro Mitte Februar angetreten und soll eng mit Thomas Kloß zusammenarbeiten, der neuer Chefredakteur Digital der Funke Gruppe wird und die Zusammenarbeit zwischen der Zentrale und den regionalen Standorten koordinieren soll. Das Führungsduo wird zusammen mit den Chefredakteuren der Regionalmedien eine Konzeption für den neuen Zentral-Desk erarbeiten. Von dieser, so die Funke Pressestelle, hänge die personelle Besetzung in Berlin ab. Grundsätzlich könnten sich alle Mitarbeiter auf einen der attraktiven Jobs in der Hauptstadtredaktion bewerben. Was das für die Stellensituation insgesamt bedeute, so Pressesprecher Tobias Korenke, könnte zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Die NRW-Betriebsräte von *WAZ*, *NRZ* und *Westfalenpost* haben die begründete Sorge, dass erneut ein Sparprogramm größeren Ausmaßes gestartet wird. Um erneut ihre Interessen zu vertreten, haben sie deshalb gemeinsam Rechtsanwalt Helmut Platow engagiert, der lange Jahre in der ver.di-Rechtsabteilung in Berlin tätig war. Er hatte die NRW-Betriebsräte schon beraten, als ab 2008 noch unter Geschäftsführer Bodo Hombach 300 Stellen in den Redaktionen in NRW abgebaut wurden. Offiziell sei man noch gar nicht von der Geschäftsführung informiert worden, weder über das Projekt in Berlin, das in Form einer neuen Firma umgesetzt wird, noch über die Folgen für den Essener Content Desk und die angeschlossenen NRW-Zeitungen.

Die Belegschaft des *Hamburger Abendblatts*, neu von Springer zur Funke-Familie gestoßen, hat daher offensiv auf die Berliner Pläne der Funke Gruppe reagiert und einen Protestbrief nach Essen geschickt. Darin wird „die Entwicklung neuer Strategien“ gefordert „statt fantasielos beim Personal zu kürzen“. Weiter heißt es: „Mit Beginn des Monats Februar hat sich die *Abendblatt*-Redaktion von 14 Freien Mitarbeitern getrennt. In den nächsten zwei bis drei Jahren werden nach Angaben der Chefredaktion etwa 35 Mitarbeiter in Pension bzw. passive Altersteilzeit gehen und nicht ersetzt werden. Aus dem Ende der Kooperation des

Abendblattes mit den Springer-Blättern *Welt/Wams* erwachsen der Zeitung laut Geschäftsleitung Einnahmeausfälle von rund einer Million Euro im Jahr, die allein durch Personal-Einsparungen wieder eingebracht werden sollen.“ Zu diesem Zweck sollen in den nächsten Wochen Gespräche über Auflösungsverträge geführt werden. Würden sie nicht die von der Geschäftsleitung erwünschten Ergebnisse bringen, sollen betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden. „Welche Sollzahlen von Personal angestrebt werden und wann der Abbau enden könnte, ist unklar.“ Die 167 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen „nicht tatenlos zusehen, wie das *Hamburger Abendblatt* aus kurzfristigem Profitinteresse an die Wand gefahren wird.“ Es könne nicht angehen, dass die immer noch hohen Gewinne nur abgeschöpft würden und nicht in die Produktqualität investiert werde. Da die Belegschaft in Hamburg unter der „nebulösen“ Informationspolitik der Funke Geschäftsführung genauso zu leiden habe wie in NRW, hätten die Betriebsräte der Zeitungstitel ihre Zusammenarbeit intensiviert. **fbi ■**



Foto: Lars Hansen

**Hamburger Abendblatt, künftig mit überregionalen Inhalten aus einer Berliner Zentralredaktion**

## Aktuell

### Presse-Versorgung mit 4,6%

Mit einer Gesamtverzinsung von 4,6 Prozent bietet die Presse-Versorgung in der Produktvariante Perspektive ihren Kunden auch 2015 eine weit überdurchschnittliche Gewinnbeteiligung. Die 4,6 Prozent setzen sich zusammen aus einer laufenden Verzinsung von 3,7 Prozent sowie einer Schlusszahlung von 0,9 Prozent. Auch bei den klassischen Produkten steht die Presse-Versorgung mit einer Gesamtverzinsung von 4,3 Prozent in 2015 weiterhin ganz vorne im Markt.

Grundlage der seit Jahren weit überdurchschnittlichen Gewinnbeteiligung der Presse-Versorgung sind die im Vergleich zu Wettbewerbern hohe Finanzkraft und die damit einhergehenden Freiheitsgrade für eine auf langfristige Erträge ausgerichtete Kapitalanlage. Mit Reserven von über einer Milliarde Euro und einer freien Rückstellung für Beitragsrückerstattungen von rund 250 Millionen Euro befindet sich die Presse-Versorgung auch in der derzeitigen Niedrigzinsphase in einer Position der Stärke. Deshalb können die Kunden auch weiterhin mit einer überdurchschnittlichen Verzinsung rechnen. [www.presse-versorgung.de](http://www.presse-versorgung.de) **PM ■**



# Wer hier lacht, ist selbst schuld

## Satire-Zeitschriften in Spanien füllen Lücken kritischer Berichterstattung

**Facu Diaz in seinem Satire-Video, in dem er die Volkspartei (PP) mit der Terrororganisation ETA verglich und ein Ende ihrer „bewaffneten Aktivitäten und Lieferung von Waffen“ ankündigte.**

Nach den Pariser Anschlägen auf Charlie Hebdo und ein jüdisches Geschäft sahen Staatschefs aller Länder die Gelegenheit, einen der viel zitierten „Grundwerte“ gegen die Feinde der Offenen Gesellschaft in Anschlag zu bringen und über Meinungsvielfalt und Pressefreiheit zu reden. Auch Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy von der post-franquistischen PP demonstrierte in Paris mit. Bei ihm würde jedoch niemand mit näheren Spanien-Kenntnissen auf die Idee kommen, dass ihm Meinungsvielfalt am Herzen liegt. Die Politik seiner Partei sieht da ganz anders aus.



Screenshot: youtube.com/watch?v=4E1VBImlr-ro



Screenshot: youtube.com/watch?v=gh5Wlp6v7gby/g

**Beim Verlassen des Gerichts, sagte Facu Diaz, dass er seine „Solidarität“ mit den Opfern zum Ausdruck bringen wollte, und versichert, dass er nie jemanden „demütigen“ wollte.**

Zufälligerweise wurde am Tag des Attentats auf Charlie Hebdo der spanische Komiker Facu Diaz wegen eines Satirevideos gegen die PP verklagt – ein Video vom Juni vorigen Jahres, wohlge-merkt. Die Klage kam von der Stiftung „Würde und Gerechtigkeit“, die aus einer Vereinigung von Opfern der baskischen Terrorgruppe ETA hervorging und als der PP nahe stehend gelten kann. Diaz hatte im Stile einer ETA-Botschaft verummumt die Auflösung der seit Jahren unter größtem Korruptionsverdacht stehenden PP bekannt gegeben. Das Video ist witzig, aber unspektakulär. Dennoch: Diaz wurde Verharmlosung der ETA, Verhöhnung der Opfer und dergleichen vorgeworfen. Er musste vor dem Sondergericht, das für schwere Straftaten und Terrorismus zuständig ist, aussagen. Direkt danach wurde das Verfahren eingestellt.

**Abgedroschene Vorwürfe.** Was auch immer hinter der Klage stand, der Fall zeigt, womit sich allzu kritische Menschen aus Politik und Medien in Spanien so rumschlagen müssen. Der Vorwurf, mindestens implizit die ETA zu unterstützen, ist mittlerweile so abgedroschen, dass er selbst schon eine oft gebrauchte Wendung in satirischen Aussagen ist. So auch in *Mongolia* (Mongolei), einem der in und wegen der spanischen Medienkrise entstandenen Projekte. Die 2012 gegründete großformatige und gern auch auf der Titelseite sehr provokante Monatszeitung ist sehr beliebt geworden. Ihr Hauptinhalt ist Satire, sie hat aber auch eine große Rubrik für echte Geschichten und für investigative Recherchen, Untertitel: Wer hier lacht, ist selbst schuld. Bereits im ersten Jahr erhielt *Mongo-*

*lia* einen Preis des Internationalen Presseclubs Spaniens für „die Verteidigung der menschlichen Werte“. In der britischen und US-amerikanischen Presse sind Artikel über sie erschienen.

Erst seit Juni 2014 gibt es das Online-Magazin *Orgullo y Satisfacción* (Stolz und Befriedigung). Es stellte in der Woche nach dem Attentat auf Charlie Hebdo ein ganzes Heft zum Thema gratis online. Diese Zeitschrift wurde geboren, weil das älteste und größte spanische Satiremagazin *El Jueves* (Der Donnerstag) bei seiner Ausgabe von Anfang Juni einen Teil der Auflage einstampfen ließ, um die Titel-Karikatur zu ändern. Sie verspottete anlässlich der anstehenden Abdankung des Königs die Krone. Wegen des Rückziehers verließen ein halbes Dutzend Leute aus Protest die Zeitschrift und gründeten *Orgullo y Satisfacción*.

**Politikeinmischung.** Satirischen Widerstand gegen Fundamentalismen und Massenbetrug gibt es also nach wie vor in Spanien. Wie die erwähnte *Mongolia*-Kategorie „Reality News“ zeigt, kann dieser Widerstand mit seinen Beiträgen einige Lücken füllen, die Konzernpresse und Rundfunk offen lassen. Beim staatlichen Radio Televisión Española (RTVE) werden bisweilen nach Regierungswechseln wie in Ministerien Führungspositionen neu besetzt. Der frisch ernannte Fernseh-Regionaldirektor für Katalonien, Eladio Jareño, sorgte im Januar und Februar gleich zwei Mal für einen Aufschrei in der Branche. Zuerst wurde die Journalistin und Moderatorin Cristina Puig aus disziplinarischen Gründen mit sofortiger Wirkung entlassen. Sie wollte Anweisungen nicht befolgen. Der Gewerkschaft Comisiones Obreras zufolge ging es um die politische Ausrichtung von Sendungsgästen und um Themen, die Puig mit ihnen besprechen sollte. Kurz darauf wurde ein Verfahren gegen den bekannten Journalisten Francesc Cruanyes eröffnet, weil er nebenbei für zwei Regionalzeitungen schrieb und für eine Firma arbeitete. Das tat er allerdings schon seit Jahren. Kürzlich hatte er jedoch die Berichterstattung von RTVE in Sachen katalanische Unabhängigkeitsbewegung kritisiert. Der neue Chef Jareño hatte früher schon beim Fernsehen gearbeitet, kam aber jetzt direkt vom Posten des Pressesprechers der katalanischen PP-Spitze.

2014 gab es innerhalb weniger Monate bei den beiden größten spanischen Zeitungen, *El País* und *El Mundo*, Chefredakteurswechsel. Bei beiden hatte es den Anschein, dass die Geschassten der regierenden PP nicht genehm waren (siehe M 3/2014). Nichts zu deuteln hatte es 2013 gegeben, als die PP-Regionalregierung des Bundesstaates Valencia den einzigen Sender abschaltete, der im Regionaldialekt sendete, „Canal Nou“. Ein Konzept des Betriebsrates versprach einen billigeren Weiterbetrieb, wurde aber von der Regierung nicht geprüft (s. M 8/2013). **Ralf Hutter** ■

# Cepra auf Sendung

## Knotenpunkt eines Radionetzwerkes im bolivianischen Cochabamba

**Cepra ist Bildungszentrum und Radiostation in einem. Dort setzt man sich seit 1981 für den freien Zugang zur Information ein – anfangs im konspirativen Widerstand gegen die Diktatur. Heute ist Cepra Juniorpartner des bolivianischen Kommunikationsministeriums und organisiert mit Partnern wie der Deutschen Welle die journalistische Fortbildung kommunaler Radiomacher. Ein Besuch in Cochabamba.**

Laura Peña Villarroel reckt den Daumen in die Höhe. Ihr Kollege am Computer lässt die rote Aufnahmelampe aufleuchten und im Studio beginnt eine junge Frau ins Mikrofon zu sprechen. Melodisch und voll klingt ihre Stimme und Redakteurin Peña Villarroel nickt zufrieden. Sie ist eine der Verantwortlichen für die Produktion von Hörspielen auf Quechua, einer der beiden in Bolivien weit verbreiteten indigenen Sprachen. Mehr als zwanzig Hörspiele hat das Team vom „Zentrum für radiophone Produktion und Weiterbildung“ (Cepra) im Laufe der Jahre auf Quechua produziert. „Hinzu kommen mehr als ein Dutzend in Spanisch und immerhin zwei in Aymara“, so María Dolores Arce, Direktorin der Institution, mit stolzer Stimme. Aymara heißt die zweite große indigene Ethnie Boliviens, der auch Präsident Evo Morales angehört.

María Dolores Arce gehört zum Gründungsteam der alternativen Bildungseinrichtung in Cochabamba, der viertgrößten Stadt Boliviens, rund zweihundert Kilometer von La Paz entfernt. Die Radioaktivisten haben sich im Juli 1981 das Ziel gesetzt, mehr und auch andere Informationen über den Äther in die Dörfer zu bringen. „Damals war Diktator Luis García Meza Tejada an der Macht und abends ab 21 Uhr gab es eine Ausgangssperre. Mit unseren Hörspielen und Radioreportagen wollten wir den tradierten Informationskreislauf durchbrechen“, schildert die Cepra-Direktorin den Ansatz.

**Bergarbeiterradios mit langer Tradition.** Die meisten Medien waren damals in der Hand der Herrschenden und der sie unterstützenden Eliten – außer einigen kleinen kommunalen Sendern und den Bergarbeiterradios. Letztere sind eine bolivianische Besonderheit, denn der Bergbau und seine kämpferischen Kumpel haben eine lange Tradition. „Schon Ende der 1940er Jahre hatten die ersten Belegschaften ihren eigenen Sender. So informierten sie sich über und teilweise auch unter Tage über alles Mögliche und Unmögliche“, so Juan Ordoñez Caetano. Der Mann mit den optimistisch funkelnden Augen ist Journalist, ebenfalls ein Cepra-Urgestein und für die Konzeption der Fortbildungskurse am Zentrum verantwortlich. Die sind ein Eckpfeiler der Arbeit der Institution, die sich als Bildungseinrichtung und als Knotenpunkt eines Radionetzwerks versteht, wo selbst produziert und gesendet wird. Die Hörspiele, aber auch Radioreportagen und Infospots gehören dazu, die auf der eigenen UKW-Frequenz auf 100,9 ausgestrahlt werden. Zudem sind sie aber auch über die etwa neunzig kooperierenden Radiostationen landesweit zu hören.

Als Cepra anfing, gab es noch nicht einmal halb so viele unabhängige Sender in Bolivien. Dazu zählen die schon erwähnten Bergbausender ebenso wie eine ganze Reihe progressiver Kirchensender wie Radio Pío XII. Die in Cochabamba ansässige Station wurde vom kanadischen Geistlichen Roberto Duret mit gegründet, der auch zu den Mitinitiatoren von Cepra gehört. Doch es gibt auch andere Sender wie „La Voz del Campesino“ (Stimme der Bauern) aus Mizque, einem rund zwei Stunden Fahrzeit von Cochabamba entfernten Dorf. Die Radiostation wurde vor fünfzehn Jahren von Ireneo Peña, einem einfachen Bauern, auf die Beine gestellt. „Mein Vater hatte einfach Lust etwas anders zu machen. Er ist über den Aufbau von Musikanlagen bei Dorffesten mit der Technik in Kontakt gekommen und wurde neugierig“, erklärt seine Tochter Laura Peña Villarroel. Mit 15 Jahren ist sie beim Vater als Sekretärin eingestiegen, hat dann die ersten Beiträge gemacht, schließlich an der Uni Journalismus studiert, und nun produziert sie seit knapp zwei Jahren Beiträge und Hörspiele bei und für Cepra. „Mein Vater hat mich auf den Geschmack gebracht“, sagt die 26-jährige lachend und nimmt die Kopfhörer ab, über die sie die Aufnahme des Hörspiels verfolgt hat. Wieder ist eine Folge im Rechner und wird in ein paar Wochen ausgestrahlt werden.

Längst setzt Cepra auf digitale Technik, sendet über Satellit und berät die Radiomacher in den Dörfern bei der Wahl der Technik. Verantwortlich dafür ist Luis Salazar. Er koordiniert auch die technische Fortbildung der Radiojournalisten aus den Dörfern. In drei Regionen hat das insgesamt fünfzehnköpfige Cepra-Team das Land aufgeteilt: in den Osten, den Westen und das Tiefland. Dort finden reihum technische Schulungen und journalistische Fortbildungsseminare statt. Landesweite nationale Treffen der kommunalen Radios sind logistisch aufgrund der oftmals schwierigen Infrastruktur eine echte Herausforderung. „Vor zwei Jahren haben wir alle 110 Radiojournalisten unseres Netzwerkes zusammengebracht. Das hat viel Motivation und viel Austausch gebracht, ist aber sehr arbeitsintensiv“, erklären Direktorin Arce und Seminarleiter Ordoñez Caetano lachend. Auch die Kosten haben es in sich, obwohl die autonomen, kommunalen Sender heute vom Kommunikationsministerium gefördert werden.

Das Ministerium ist erst in den letzten Jahren unter der Regie der Regierung von Präsident Evo Morales entstanden. Mit dem Gesetz 164 wurde 2011 die Demokratisierung im Medienbereich vorangetrieben. Seitdem gibt es eine Informationspflicht der Medien und bei der Vergabe von Frequenzen und Konzessionen haben auch alternative Player eine reelle Chance.



**Radiomacherin Laura Peña Villarroel im Studio bei der Arbeit – seit 22 Monaten ist die studierte Journalistin bei Cepra dabei.**



Fotos: Knut Henkel

**Dolores Arce, Direktorin von Cepra in Bolivien**



# Neuer öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Griechenland

Zu den ersten Plänen der neuen Linksregierung in Athen gehört die Wiedereinrichtung der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ERT. In einem Monat werde man die entsprechende Gesetzesvorlage fertig haben, hatte der zuständige Minister Nikos Pappas bereits am 9. Februar verkündet.

Inzwischen hat Pappas die Vorstellungen der Regierung konkretisiert. Die ERT werden „von Null auf“ wieder aufgebaut, sagte er im Interview mit der linksliberalen Tageszeitung *Efimerida ton Syntakton*. Dabei gelte es, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, die den öffentlich-rechtlichen Sender zu einem verschwenderischen Sprachrohr staatlicher Interessen mit äußerst ungerechter Verteilung bei der Entlohnung der einzelnen Angestellten gemacht hatten. Beim Wiederaufbau werde es eine „objektive und unabhängige Evaluierung des Personals und Respekt gegenüber allen entlassenen Angestellten der ehemaligen ERT“ geben. Alle Entlassenen würden, wenn sie dies wollten, wieder eingestellt, erklärte der Staatsminister.

Bei der Schließung der ehemaligen Sendeanstalt im Juni 2013 durch die Regierung Samaras waren 2.656 Medienarbeiter über Nacht auf die Straße gesetzt worden. Einige davon wurden im etwa ein Jahr später gegründeten Staatssender NERIT mit wesentlich schlechteren Arbeitsverträgen wieder eingestellt. Hunderte anderer Kollegen, die eine Übernahme zu solchen Konditionen abgelehnt und auf eine unabhängige Sendeanstalt bestanden hatten, strahlen bis heute in Selbstverwaltung und unbezahlt überwiegend über Internet ein vollwertiges Informations- und Unterhaltungsprogramm aus (ERTopen.com).

Von der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF) und der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) wurde die Ankündigung auf Wiedereinrichtung der ERT durch die griechische Regierung zustimmend begrüßt. Dies seien „herausragende Nachrichten, sowohl für die Journalisten, als auch für die Öffentlichkeit, die einen echten öffentlichen Dienst für unabhängige Information verdient“, sagte IJF-Vorsitzender Jim Boumelha. Der Verband habe „seine Mitglieder in Griechenland in ihrer Opposition gegenüber der Schließung der ERT“ unterstützt, so Boumelha. Die IJF sei erfreut darüber, dass die Regierung die Schließung als einen Affront gegenüber demokratischen Gepflogenheiten in Griechenland angesehen habe.

Bei den bis heute Widerstand leistenden Entlassenen und Betreibern von ERTopen treffen die Ankündigungen des Staatsministers dagegen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Hier hat man bereits Ende Januar die Grundzüge eines Vorschlags für die Struktur einer tatsächlich unabhängigen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ausgearbeitet. Danach werden von der Mitarbeit in einer gebührenfinanzierten und nach basisdemokratischen Prinzipien arbeitenden neuen ERT all diejenigen ausgeschlossen, die sich nach ihrer Entlassung beim „staatlichen Gebilde“ NERIT verdingt haben. Zwischen ihnen und dem Ministerium würden aber bereits Gespräche über die Ausgestaltung der neuen Sendeanstalt geführt, wurde M auf telefonische Nachfrage bei ERTopen mitgeteilt.

Heike Schrader, Athen ■

<https://mmm.verdi.de/archiv/2013/05/medien-international/05-2013/heuchelei-auf-hoehster-ebene>

**2013:  
Die Nacht nach  
der Schließung  
von ERT – Beginn  
der Besetzung  
des Senders**



Foto: Eva Völpe



„Das liegt daran, dass die Struktur im Radiosektor gesetzlich vorgegeben ist“, meint Juan Ordoñez Caetano.

Je 33 Prozent der Frequenzen entfallen auf staatliche und kommerzielle Akteure, während für indigene und bäuerliche sowie soziale und kommunale Organisationen je knapp 17 Prozent der Frequenzen reserviert sind. Eine direkte Folge ist, dass die Zahl der kommunalen Radios von 44 auf knapp 90 hochgeschwunden ist. Davon profitiert auch Cepra. Nicht nur weil das Kommunikationsministerium über das Zentrum den Aufbau von Dorfradios fördert, sondern auch weil das Radio nun auch als Informationsmedium auf dem Land wahrgenommen wird. Dort ist es die Informationsquelle Nummer eins, denn fehlende Stromversorgung und Analphabetismus sind dafür verantwortlich, dass Fernsehen und Zeitung wenig verbreitet sind. So ist der batteriebetriebene Weltempfänger zum Beispiel immer dabei, wenn Benjamin Vargas in Laphia aufs Feld geht oder wie heute mit einigen Nachbarn an seinem Haus baut. „Über das Radio erfahren wir, was unten in Tikipaya und Cochabamba passiert, wie das Wetter wird und was sich lohnt anzupflanzen“, erklärt der Bauer. Er lebt rund 40 Kilometer entfernt von Cochabamba, in dem auf einer Hochebene gelegenen Dorf Laphia. Diese Informationen sind dem 33-jährigen Gemeindeglied wichtig, aber auch Beiträge über Investitionsprojekte, Interviews und Informationen zu Gesundheit und Bildung.

**Unterstützung durch die Deutsche Welle.** An diesem Punkt hat Cepra in den letzten Jahren angesetzt, um die Qualität der Sendungen zu verbessern. Seminare zur Interviewführung wurden genauso durchgeführt wie solche zur Aufbereitung von Themen wie Migration oder Klimawandel. Dabei wird Juan Ordoñez Caetano seit einiger Zeit auch von der Deutschen Welle unterstützt. Die hat, gefördert aus dem Entwicklungsetat, die Radioreporterin Linda Vierecke nach Bolivien geschickt. Sie ist bei den Seminaren nun mit von der Partie und das hat für Laura Peña Villarroel einen positiven Effekt. „Wir lernen, unsere Realität aus unterschiedlichen Perspektiven anzuschauen. Dadurch werden unsere Beiträge differenzierter“, meint sie und stellt den Computer aus. Sie hat Feierabend und freut sich auf ein freies Wochenende in ihrem Heimatdorf Mizque. ■

# Leute

## SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:  
<http://mmm.verdi.de/service>



Grafik: H. Haubrich

**Sven Afhüppe**, bisher stellv. Chefredakteur beim Handelsblatt, rückte zum Chefredakteur auf und bildet mit **Hans-Jürgen Jakobs** eine Doppelspitze. Die Digitalredaktionen Handelsblatt Online und Handelsblatt Live sowie die Printredaktion werden miteinander verschmolzen.

**Michael Angele**, bislang bei der Wochenzeitung Der Freitag verantwortlich für die Ressorts Kultur und Alltag, folgte als stellv. Chefredakteur des Blatts auf **Jana Hensel**.

Die beiden Medienportale Kress.de und Newsroom.de werden ab 2. März von einer gemeinsamen Redaktion unter der Leitung von **Marc Bartl** und **Bülend Üruk** geführt. Newsroom.de wird dabei stärker auf Service setzen, während sich Kress.de auf relevante Branchennachrichten konzentrieren wird.

**Jens-Peter Behr**, bislang Leiter des Ressorts Aktuelles & Wissen in der zentralen Mantelredaktion der Funke-Programmzeitschriften, wurde neben **Christian Hellmann** stellv. Chefredakteur der Hörzu sowie Mitglied der Chefredaktion bei den Funke-Titeln TV Digital, Hörzu Wissen, Gong und Bild + Funk. In der Mantelredaktion folgte ihm **Susanne Kohl** nach, die langjährige Erfahrungen im Bereich Programmzeitschriften hat.

**Martin Bialecki**, derzeit Leiter der dpa-Politikredaktion in Berlin, folgt zum 1. August als Leiter des dpa-Regionalbüros in Nordamerika auf **Peer Meinert**, der nach Europa zurückkehrt.

**Julia Brinckman**, bisher als stellv. Chefredakteurin bei der Funke Mediengruppe für Programmzeitschriften zuständig, folgte als Chefredakteurin der Frauenzeitschrift Für Sie (Jahres-

zeiten Verlag) auf **Sabine Fäth**, die im Januar ausschied.

**Olaf Brinkmann**, bislang Redakteur und Reporter bei SWR3, löste als Leiter des Regionalstudios Osthessen (Fulda) von Hit Radio FFH **Sarah Maxen** ab, die in die Elternzeit ging.

**Grisca Brower-Rabinowitsch**, bisher als Managing Editor beim Handelsblatt Leiter des Newsrooms in New York, folgte als Leiter des Ressorts Unternehmen und Märkte auf **Wolfgang Reuter**, der zum 1. Juni stellv. Chefredakteur beim Focus und als Leiter des Wissenschaftsressorts Nachfolger von **Uli Dönch** wird, der das Nachrichtenmagazin verließ.

**Andreas Chwallek**, zuvor stellv. Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins Der Handel (dfv Mediengruppe), folgte als Chefredakteur auf **Klaus Mehler**, der sich verstärkt auf seine neue Aufgabe als Verlagsleiter Verkauf der Lebensmittel Zeitung und der zugehörigen Titel konzentrieren wird. Er bleibt Chefredakteur der Lebensmittelzeitung direkt und Verlagsleiter von Der Handel.

**Anne Coppentrath**, verantwortlich für die Magazine Food and Travel und Lonely Planet Traveller (Life!-Verlag, Hamburg), übernahm auch die Chefredaktion der im Mai neu erscheinenden Zeitschrift Essen und Reisen.

Der Spiegel / Spiegel Online: **Klaus Brinkbäumer**, bisher stellv. Chefredakteur des Magazins, und **Florian Harms**, bislang stellv. Chefredakteur von Spiegel Online, folgten als Chefredakteure auf **Wolfgang Büchner**, der den Verlag Ende 2014 verließ. Brinkbäumer nimmt auch die Funktion eines Herausgebers von Spiegel Online wahr. Stellv. Chefredakteure des Magazins wurden **Susanne Beyer**,

bisher stellv. Leiterin des Ressorts Kultur, **Dirk Kurbjuweit**, politischer Autor, und **Alfred Weinzierl**, bislang Ressortleiter Deutschland. Die Chefredaktion von Spiegel Online wurde erweitert: Zu der stellv. Chefredakteurin **Barbara Hans** sowie den Mitgliedern der Chefredaktion **Nikolaus Blome** und **Roland Nelles** kommen die Geschäftsführende Redakteure **Matthias Streitz** und **Jörn Sucher** hinzu. **Thomas Hass**, bisher Leiter des Vertriebsmarketings und bis Anfang Februar Vorsitzender der Spiegel-Mitarbeiter-KG, folgt als Verlagsgeschäftsführer auf **Ove Saffe**.

**Dr. Sebastian Feuß**, bislang beim Medien-Fachmagazin Werben & Verkaufen vor allem für die Themenbereiche Fernsehen und Bewegtbildproduktion zuständig, folgt als Bereichsleiter Presse und Kommunikation bei der Bavaria Film auf **Marc Haug**, der künftig für Organisationen und Projekte aus den Bereichen Bildung, Ökologie, Kultur und Medien tätig werden will.

**Jörg Fiene**, bisher u. a. in Leitungsfunktionen bei der Braunschweiger Zeitung tätig, wird zum 1. April 2015 Leiter der dpa-Redaktionsteams in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. In Frankfurt folgt er auf **Martin Oversohl**, der dpa-Landesbüroleiter in Düsseldorf wurde.

**Imke Folkerts**, u. a. langjährige Verlagsvertreterin, wurde neben **Anja Baier** zur zweiten Pressefrau des Netzwerks BücherFrauen / Women in Publishing gewählt.

**Andreas Framke**, bisher Notenbank-Korrespondent des deutschsprachigen Reuters-Nachrichtendienstes, wurde Leiter des Ressorts Unternehmen und Märkte; seine Stellvertreterin ist **Sabine Wollrab**, zuletzt Senior-Redakteurin in der Frankfurter Wirtschaftsredaktion.

**Doris Hart**, bisher bei der Bild-Zeitung als stellv. Chefredakteurin für das Ressort Nachrichten Inland und Ausland sowie die Regionalausgaben des Blatts tätig, wurde bei dem People- und Lifestyle-Magazin Gala (G+J) stellv. Chefredakteurin und Redaktionsleiterin Gala Digital. **Marcus Luft**, Modechef und Redaktionsleiter der Line Extensions Gala Style und Gala Men, rückte ebenfalls zum stellv. Chefredakteur auf und verantwortet die Bereiche Mode, Beauty und Lifestyle. **Ilga Tick**, zuletzt Crea-

tive Director bei G+J Corporate Editors, folgte als Creative Director von Gala auf **Kerstin Peters**, die das Magazin verließ. **Kirsten Reineke**, bisher stellv. Leiterin des Ressorts Unterhaltung, wurde Ressortleiterin. Die Gala-Redakteurin **Hili Ingenhoven** ist künftig für die Society-Kolumne zuständig.

**Martin Ganslmeier** (NDR), zuletzt Leiter des gemeinsamen Hörfunkstudios von NDR und WDR in Washington, übernahm dort die Leitung des neu strukturierten ARD-Hörfunkstudios.

**Anne Gesthuysen** beendete ihre langjährige Tätigkeit als Moderatorin beim ARD-„Morgenmagazin“. An ihre Stelle traten **Susan Link**, die bereits seit 2012 dem Moderatorenteam angehört, und **Anna Planken**, die schon von 2010 bis 2012 die Sendung präsentierte.

**Sigmund Gottlieb** bleibt bis zu seiner Pensionierung im März 2017 Chefredakteur und Leiter des Programmbereichs Politik beim Bayerischen Fernsehen.

**Markus Hauke**, zuletzt Geschäftsführender Redakteur bei der Tageszeitung Neue Presse (Mediengruppe Madsack), übernahm die neu geschaffene Position eines Stellvertreters des Chefredakteurs.

**Rolf Hauschild**, zuletzt Redaktionsleiter der Bild-Zeitung in München und Sportchef der Bundesausgabe des Blatts, wurde stellv. Chefredakteur bei der deutschen Ausgabe des Magazins People (Bauer Media Group).

**Oliver Heidemann**, im Unterhaltungssektor des ZDF u. a. für diverse Shows zuständig, wurde zum Unterhaltungschef des Senders bestellt. Sein Vorgänger **Oliver Fuchs** war im Sommer 2014 wegen manipulierter Rankingshows zurückgetreten und wurde Geschäftsführer der Bavaria Entertainment (bisher First Entertainment GmbH). WDR-Intendant **Tom Buhrow** folgt als Chef des Aufsichtsrats der Bavaria Film auf Ex-Intendantin **Monika Piel**.

**Gabriele Heins**, Leiterin des Ressorts Küche und Wein bei dem Magazin Der Feinschmecker (Jahreszeiten Verlag), sowie **Deborah Gottlieb**, stellv. Leiterin des Reiseressorts, folgten als stellv. Chefredakteurinnen auf **Dieter Braatz**, der in den Ruhestand ging.



**Claudia ten Hoevel**, zuletzt als Beraterin und für das Interview Magazin tätig, zuvor von 2011 bis 2013 Chefredakteurin von Grazia (G+J / Klambt Style-Verlag), kehrte in dieser Position zu der Modezeitschrift zurück. Ihre Vorgängerin **Astrid Saß** übernahm ein neues Projekt für die Geschäftsführung von G+J.

**Jan Hollitzer**, bisher bei der Thüringer Allgemeinen Leiter der Online-Redaktion, löste als Online-Chef der Berliner Morgenpost **Alexander Uhl** und **Sonja Haase** ab, die Morgenpost.de kommissarisch leiteten. Sie bleiben Mitglieder des Führungsteams.

HR-Rundfunkrat: **Jörn Dulige** (Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung) wurde als Vorsitzender im Amt bestätigt, ebenso sein Stellvertreter **Dieter**

**Weidemann** (Vertreter der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände).

**Hanni Hüsich**, zuletzt beim NDR Leiterin der Abteilung Ausland und Aktuelles im Programmbereich Zeitgeschehen / Fernsehen, folgte als Fernsehkorrespondentin und Leiterin des ARD-Studios London auf **Annette Dittert**, die als Autorin im Programmbereich Kultur und Dokumentation / Fernsehen des NDR wirken wird. Hüsichs Nachfolgerin in Hamburg wurde **Gabi Kostorz**, zuvor politische Korrespondentin im ARD-Hauptstadtbüro.

**Joy Jensen**, zunächst Chefredakteurin des Frauenmagazins MyWay, übernahm im Dezember 2014 auch die Leitung von Maxi (Bauer Media Group); jetzt wurden die beiden Redaktionen zusammengelegt. **Sabine**

**Ingwersen** gab die Gesamtschereaktion für MyWay ab und übernahm zusätzlich zur Chefredaktion von Tina und Bella auch die für das Frauenmagazin Meins. Die Gründungschefredakteurin **Claudia Haage** widmet sich in der Bauer Media Group neuen Aufgaben.

**Nadine Jungbluth**, bislang schon für gofeminin.de tätig, löst als Chefredakteurin dieses Frauenportals und von BildderFrau.de (Funke Medien-gruppe) **Eva Spundflasche** ab, die das Unternehmen verlässt.

**Axel Kakarott**, bisher beim NDR stellv. Leiter der Hauptabteilung Finanzen, folgte als Leiter auf **Angela Böckler**, die Verwaltungsdirektorin des Senders wurde.

**Klaus Kastan**, derzeit beim BR Leiter der Redaktion Studios Ausland und

Berlin sowie kommissarischer Leiter der Redaktion Politik und Hintergrund im Programmbereich B5 aktuell / Politik und Wirtschaft, folgt zum 1. Mai als Leiter des Programmbereichs Sport und Freizeit Fernsehen in der Informationsdirektion des BR sowie der Redaktion Sport Hörfunk auf **Werner Rabe**, der in den Ruhestand tritt.

**Jürgen Kaube**, stellv. Feuilletonchef der FAZ, Ressortleiter Geisteswissenschaften und zuständig für „Neue Sachbücher“, folgte im Herausgebergremium der FAZ auf **Günther Nonnenmacher**, der in den Ruhestand trat.

**Andrea Schafarczyk**, zuvor Wortchefin bei der WDR-Welle 1Live, folgte als Chefredakteurin von Radio Bremen auf **Martin Reckweg**, der in das Landesfunkhaus Niedersachsen des NDR in Hannover wechselte.

# Impressum



«M – Menschen Machen Medien»  
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,  
erscheint acht Mal im Jahr

**Herausgeber:** Fachbereich 8 (Medien,  
Kunst, Industrie), Bundesvorstand:  
Frank Bsirske / Frank Werneke

**Redaktion:** Karin Wenk (verantwortlich),  
Telefon 030 / 69 56 23 26

**Anschrift:** ver.di Bundesverwaltung /  
Karin Wenk, Redaktion M,  
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,  
Fax: 030 / 69 56 36 76

**E-Mail:** karin.wenk@verdi.de  
Für unverlangt eingesandte Artikel und  
Bilder übernimmt die Redaktion keine  
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge  
stimmen nicht immer mit der Meinung  
der Redaktion überein.

**Anzeigen:**  
Network Media GmbH  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Ansprechpartner:

Nicole Stelzner (Leiterin)  
Tel: 030 / 255 94 – 180  
Fax: 030 / 255 94 – 190  
E-Mail: stelzner@nwmd.de

**Gültige Anzeigenpreisliste:**  
Nr. 20 gültig ab 1.1.2015

**M im Internet**  
<http://mmm.verdi.de>

**Layout:** Petra Dreßler, Berlin  
Tel. 030 / 322 18 57

**Titelbild:** Hermann J. Haubrich,  
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

**Druck und Vertrieb:**  
alpha print medien AG (apm)  
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

**Jahresabonnement:**  
36,- € einschließlich Versandkosten.

**Abonnementsverwaltung:**  
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann  
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,  
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10  
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen  
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag  
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen  
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-  
derte Bestellung ist notwendig.

**Weitere Publikationen:**  
„Kunst & Kultur“  
verantwortlich: Burkhard Baltzer  
Tel. 030 / 69 56 – 10 60  
„Druck + Papier“ verantwortlich:  
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

**Redaktionsschluss:**  
M 1.2015: 20.02.2015  
M 2.2015: 10.04.2015  
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Mehr Leute / Preise  
[http://mmm.verdi.de/service/  
01-2015/leute](http://mmm.verdi.de/service/01-2015/leute)

Anzeigen

**DIPLOMA**  
Private staatlich anerkannte Hochschule  
University of applied science

**Fernstudium** in 7 Semestern (B.A.)  
mit Präsenz- oder Online-Seminaren,  
neben dem Beruf möglich

**Vollzeitstudium**  
in 6 Semestern (B.A.)  
in Bad Sooden-Allendorf

**Medienwirtschaft &  
Medienmanagement (B.A.)**  
AHPGS akkreditiert

Termine für Schnuppervorlesungen  
unter [www.diploma.de/schnuppervorlesungen](http://www.diploma.de/schnuppervorlesungen)

**BACHELOR**  
Bewerben Sie sich jetzt!



bundesweite Studienzentren - Info-Tel.: 0 57 22 / 28 69 97 32 - [www.diploma.de](http://www.diploma.de)

SOZIALVERBAND  
**VdK**  
BAYERN

**Zukunft braucht Menschlichkeit.**

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,  
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

**Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin**  
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289  
Fax 089 / 2117-280 • [b.schubarth@vdk.de](mailto:b.schubarth@vdk.de) • [www.vdk-bayern.de](http://www.vdk-bayern.de)

**STARK  
MIT DIR**

DIE MITGLIEDER-WERBEAKTION 2015

**MAN MUSS  
AUCH MAL  
GEWINNEN  
KÖNNEN!**

Im Aktionszeitraum  
vom 1. April  
bis 31. Juli 2015  
Mitglieder werben  
und gewinnen!

**verdi.de**

Aktionsmaterial bestellen  
und mehr erfahren unter  
[www.starkmitdir.verdi.de](http://www.starkmitdir.verdi.de)

**ver.di**